

## MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2010 — 1179

[2010/201917]

## 15. MÄRZ 2010 — Dienstleistungsdekret

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es :

KAPITEL 1 - *Allgemeine Bestimmungen*

## Europaklausel

**Artikel 1** - Dieses Dekret dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt.

## Begriffsbestimmungen

**Art. 2** - Für die Anwendung dieses Dekrets versteht man unter :

1. Dienstleistung : jede von Artikel 57 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) erfasste selbstständige Tätigkeit, die in der Regel gegen Entgelt erbracht wird;

2. Dienstleistungserbringer : jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt, und jede in einem Mitgliedstaat niedergelassene juristische Person im Sinne von Artikel 54 des AEUV, die eine Dienstleistung anbietet oder erbringt;

3. Niederlassung : die tatsächliche Ausübung einer von Artikel 49 des AEUV erfassten wirtschaftlichen Tätigkeit durch den Dienstleistungserbringer auf unbestimmte Zeit und mittels einer festen Infrastruktur, von der aus die Geschäftstätigkeit der Dienstleistungserbringung tatsächlich ausgeübt wird;

4. Dienstleistungsempfänger : jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt oder die in den Genuss von Rechten aus gemeinschaftlichen Rechtsakten kommt, oder jede in einem Mitgliedstaat niedergelassene juristische Person im Sinne des Artikels 54 des AEUV, die für berufliche oder andere Zwecke eine Dienstleistung in Anspruch nimmt oder in Anspruch nehmen möchte;

5. reglementierter Beruf : eine berufliche Tätigkeit oder eine Gruppe beruflicher Tätigkeiten, bei der die Aufnahme oder Ausübung oder eine der Arten der Ausübung direkt oder indirekt durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften an den Besitz bestimmter Berufsqualifikationen gebunden ist; eine Art der Ausübung ist insbesondere die Führung einer Berufsbezeichnung, die durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften auf Personen beschränkt ist, die über eine bestimmte Berufsqualifikation verfügen;

6. Genehmigungsregelung : jedes Verfahren, das einen Dienstleistungserbringer oder -empfänger verpflichtet, bei einer zuständigen Behörde eine förmliche oder stillschweigende Entscheidung über die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit zu erwirken;

7. Anforderungen : alle Auflagen, Verbote, Bedingungen oder Beschränkungen, die in den Rechts- oder Verwaltungsvorschriften festgelegt sind oder sich aus der Rechtsprechung, der Verwaltungspraxis, den Regeln von Berufsverbänden oder den kollektiven Regeln, die von Berufsvereinigungen oder sonstigen Berufsorganisationen in Ausübung ihrer Rechtsautonomie erlassen wurden, ergeben;

8. zwingende Gründe des Allgemeininteresses : Gründe, die der Europäische Gerichtshof in ständiger Rechtsprechung als solche anerkannt hat, einschließlich folgender Gründe : öffentliche Ordnung; öffentliche Sicherheit; Sicherheit der Bevölkerung; öffentliche Gesundheit; Erhaltung des finanziellen Gleichgewichts der Systeme der sozialen Sicherung; Schutz der Verbraucher, der Dienstleistungsempfänger und der Arbeitnehmer; Lauterkeit des Handelsverkehrs; Betrugsbekämpfung; Schutz der Umwelt und der städtischen Umwelt; Tierschutz; geistiges Eigentum; Erhaltung des nationalen historischen und künstlerischen Erbes; Ziele der Sozialpolitik und Ziele der Kulturpolitik;

9. Berufshaftpflichtversicherung : eine durch den Dienstleistungserbringer abgeschlossene Versicherung zur Deckung seiner eventuellen Haftpflicht Dienstleistungsempfängern und gegebenenfalls Dritten gegenüber im Fall eines aus der Erbringung der Dienstleistung entstehenden Schadens;

10. zuständige Behörde : jede Stelle oder Behörde, die eine Kontroll- oder Regulierungsfunktion für Dienstleistungstätigkeiten innehat;

11. Mitgliedstaat : einen Mitgliedstaat der Europäischen Union;

12. Niederlassungsmitgliedstaat : den Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet der betroffene Dienstleistungserbringer niedergelassen ist;

13. Werktag : jeden Kalendertag unter Ausschluss der Sonntage und gesetzlichen Feiertage;

14. personenbezogene Daten : Informationen über eine bestimmte oder bestimmbare natürliche Person im Sinne von Artikel 1 § 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten;

15. Verbindungsstelle für die Deutschsprachige Gemeinschaft : die natürliche Person, die im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Zweck der Amtshilfe gemäß diesem Dekret als Kontaktstelle zwischen der Europäischen Kommission und den zuständigen belgischen Behörden bezeichnet wird.

## Anwendungsbereich

**Art. 3** - Dieses Dekret gilt für Dienstleistungen, die in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen. Die Zuständigkeiten der Föderalbehörde, der übrigen Gemeinschaften und der Regionen bleiben unberührt.

Es findet auf folgende Tätigkeiten keine Anwendung :

1. nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse einschließlich der sozialen Dienstleistungen, die nicht unter Nummer 8 fallen;

2. Finanzdienstleistungen;

3. Dienstleistungen und Netze der elektronischen Kommunikation sowie zugehörige Einrichtungen und Dienste in den Bereichen, die im Dekret vom 27. Juni 2005 über den Rundfunk und die Kinovorstellungen geregelt sind, einschließlich der audiovisuellen Dienste, auch im Kino- und Filmbereich, ungeachtet der Art ihrer Herstellung, Verbreitung und Ausstrahlung, und des Rundfunks;

4. Verkehrsdienstleistungen einschließlich der Schülerbeförderung;
5. Dienstleistungen von Leiharbeitsagenturen;
6. Gesundheitsdienstleistungen, unabhängig davon, ob sie durch Einrichtungen der Gesundheitsversorgung erbracht werden, und unabhängig davon, wie sie organisiert und finanziert sind, und ob es sich um öffentliche oder private Dienstleistungen handelt;
7. Tätigkeiten, die im Sinne des Artikels 51 des AEUV mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden sind;
8. soziale Dienstleistungen im Zusammenhang mit Sozialwohnungen, der Kinderbetreuung und der Unterstützung von Familien und dauerhaft oder vorübergehend hilfsbedürftigen Personen, die vom Staat, durch von ihm beauftragte Dienstleistungserbringer oder durch von ihm als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen erbracht werden.

Dieses Dekret gilt nicht für den Bereich der Steuern.

#### Verhältnis zu geltendem Recht

**Art. 4** - Widersprechen Bestimmungen dieses Dekrets einer Bestimmung eines anderen Dekrets oder eines Erlasses der Regierung, die spezifische Aspekte der Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit in bestimmten Bereichen oder bestimmten Berufen regelt, die europäisches Gemeinschaftsrecht umsetzen, hat die Bestimmung des anderen Dekrets oder des Erlasses der Regierung Vorrang und findet auf die betreffenden Bereiche oder Berufe Anwendung. Dies gilt insbesondere für :

1. die Bestimmungen des Dekrets vom 27. Juni 2005 über den Rundfunk und die Kinovorstellungen, die die Richtlinie 89/552/EWG des Rates vom 3. Oktober 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität umsetzen;
2. die Bestimmungen des Dekrets vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009, die die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen umsetzen.

#### Berechnung der Fristen

**Art. 5** - Läuft die Frist an einem Samstag, Sonntag oder Feiertag ab, verlängert sie sich bis zum nächsten Werktag.

#### KAPITEL 2 - Horizontale Umsetzung

##### Abschnitt 1 - Niederlassungsfreiheit

#### Genehmigungsregelungen

**Art. 6** - Werden die Aufnahme und die Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit einer Genehmigungsregelung unterworfen, hat diese Genehmigungsregelung folgende Kriterien zu erfüllen :

1. sie ist für den betreffenden Dienstleistungserbringer nicht diskriminierend;
2. sie ist durch zwingende Gründe des Allgemeininteresses gerechtfertigt;
3. das angestrebte Ziel kann nicht durch ein milderes Mittel erreicht werden, insbesondere weil eine nachträgliche Kontrolle zu spät erfolgen würde, um wirksam zu sein.

Absatz 1 gilt nicht für diejenigen Aspekte der Genehmigungsregelungen, die direkt oder indirekt durch Gemeinschaftsrechtsakte geregelt sind.

#### Voraussetzungen für die Erteilung der Genehmigung

**Art. 7** - Die Genehmigungsregelungen müssen auf Kriterien beruhen, die eine willkürliche Ausübung des Ermessens der zuständigen Behörden verhindern.

Diese Kriterien sind :

1. nicht diskriminierend;
2. durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt;
3. in Bezug auf diesen Grund des Allgemeininteresses verhältnismäßig;
4. klar und unzweideutig;
5. objektiv;
6. im Voraus bekannt zu machen;
7. transparent und zugänglich.

#### Anforderungen an Verfahren und Gebühren

**Art. 8** - Die Genehmigungsverfahren und -formalitäten müssen klar, im Voraus bekannt gemacht und so ausgestaltet sein, dass eine objektive und unparteiische Behandlung der Anträge der Antragsteller gewährleistet ist.

Die Genehmigungsverfahren und -formalitäten dürfen weder abschreckend sein noch die Erbringung der Dienstleistung in unangemessener Weise erschweren oder verzögern. Sie müssen leicht zugänglich sein, und eventuelle dem Antragsteller mit dem Antrag entstehende Kosten müssen vertretbar und zu den Kosten der Genehmigungsverfahren verhältnismäßig sein und dürfen die Kosten der Verfahren nicht übersteigen.

#### Verbot doppelter Überprüfungen

**Art. 9** - Die Voraussetzungen für die Erteilung der Genehmigung für eine neue Niederlassung dürfen nicht zu einer doppelten Anwendung von gleichwertigen oder aufgrund ihrer Zielsetzung im Wesentlichen vergleichbaren Anforderungen und Kontrollen führen, denen der Dienstleistungserbringer bereits in einem anderen oder im selben Mitgliedstaat unterworfen ist. Die Verbindungsstelle für die Deutschsprachige Gemeinschaft und der Dienstleistungserbringer unterstützen die zuständige Behörde durch Übermittlung der im Hinblick auf diese Anforderungen notwendigen Informationen.

## Berufshaftpflichtversicherungen und Sicherheiten

**Art. 10** - Lässt sich ein Dienstleistungserbringer im deutschen Sprachgebiet nieder, darf keine Berufshaftpflichtversicherung oder Sicherheit vom Dienstleistungserbringer verlangt werden, sofern er bereits durch eine gleichwertige oder aufgrund ihrer Zweckbestimmung und der vorgesehenen Deckung bezüglich des versicherten Risikos, der Versicherungssumme oder einer Höchstgrenze der Sicherheit und möglicher Ausnahmen von der Deckung im Wesentlichen vergleichbare Sicherheit in einem anderen Mitgliedstaat, in dem er bereits niedergelassen ist, abgedeckt ist.

Besteht nur eine teilweise Gleichwertigkeit, kann eine zusätzliche Sicherheit verlangt werden, um die nicht gedeckten Risiken abzusichern.

Wird von einem im deutschen Sprachgebiet niedergelassenen Dienstleistungserbringer der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung oder eine andere Sicherheit verlangt, werden die von in anderen Mitgliedstaaten niedergelassenen Kreditinstituten und Versicherern ausgestellten Bescheinigungen, dass ein solcher Versicherungsschutz besteht, als hinreichender Nachweis anerkannt.

## Geografische Tragweite der Genehmigung

**Art. 11** - Die Genehmigung ermöglicht dem Dienstleistungserbringer die Aufnahme oder die Ausübung der Dienstleistungstätigkeit im gesamten belgischen Hoheitsgebiet, einschließlich der Einrichtung von Agenturen, Zweigniederlassungen, Tochtergesellschaften oder Geschäftsstellen, sofern dies in einem Zusammenarbeitsabkommen mit den betreffenden Behörden vorgesehen ist und nicht zwingende Gründe des Allgemeininteresses eine Genehmigung für jede einzelne Betriebsstätte oder eine Beschränkung der Genehmigung auf einen bestimmten Teil des Hoheitsgebiets rechtfertigen.

## Empfangsbestätigung

**Art. 12** - Für jeden Genehmigungsantrag wird so schnell wie möglich eine Empfangsbestätigung übermittelt.

Die Bestätigung enthält folgende Angaben :

1. das Datum, an dem der Antrag eingegangen ist;
2. die Frist, innerhalb derer die Entscheidung über den Antrag getroffen werden soll;
3. die verfügbaren Rechtsbehelfe, die für die betreffende Angelegenheit zuständigen Behörden und die einzuhaltenden Formen und Fristen;
4. gegebenenfalls eine Erklärung, dass die Genehmigung als erteilt gilt, wenn der Antrag nicht binnen der vorgesehenen beziehungsweise einer eventuell verlängerten Frist beantwortet wird.

Im Falle eines unvollständigen Antrags wird der Antragsteller so schnell wie möglich darüber informiert, dass und innerhalb welcher Frist Unterlagen nachzureichen sind und welche Auswirkungen dies möglicherweise auf die in Absatz 2 Nummer 2 genannte Frist hat.

Wird ein Antrag wegen Nichtbeachtung der erforderlichen Verfahren oder Formalitäten abgelehnt, ist der Antragsteller so schnell wie möglich von der Ablehnung in Kenntnis zu setzen.

## Bearbeitung der Genehmigungsanträge

**Art. 13** - Die zuständige Behörde erteilt die Genehmigung, sobald eine angemessene Prüfung ergibt, dass die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt sind.

Außer wenn die einschlägigen Rechtsvorschriften etwas anderes vorsehen, ist die Entscheidung über den Genehmigungsantrag innerhalb von dreißig Werktagen ab dem Datum der Empfangsbestätigung oder, wenn nicht alle Unterlagen vollständig eingereicht worden sind, ab dem Datum, an dem der Antragsteller die zusätzlichen Unterlagen eingereicht hat, zu treffen.

Die zuständige Behörde kann die Frist einmal für eine begrenzte Dauer verlängern, wenn dies durch die Komplexität der Angelegenheit gerechtfertigt ist. Die Fristverlängerung und deren Ende sind zu begründen und dem Antragsteller vor Ablauf der ursprünglichen Frist mitzuteilen.

Wird der Antrag nicht binnen der gemäß Absatz 2 festgelegten oder gemäß Absatz 3 verlängerten Frist beantwortet, gilt die Genehmigung als erteilt. Jedoch kann eine andere Regelung vorgesehen werden, wenn dies durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses, einschließlich eines berechtigten Interesses Dritter, gerechtfertigt ist.

## Geltungsdauer der Genehmigung

**Art. 14** - Die dem Dienstleistungserbringer erteilte Genehmigung ist unbefristet, es sei denn :

1. die Genehmigung wird automatisch verlängert;
2. die Genehmigung hängt lediglich von der fortbestehenden Erfüllung der Anforderungen ab;
3. die Zahl der verfügbaren Genehmigungen ist durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses begrenzt oder
4. eine Befristung ist durch einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses gerechtfertigt.

Die Möglichkeit, eine Genehmigung zu widerrufen, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt werden, bleibt von der in Absatz 1 vorgesehenen Regelung unberührt.

Absatz 1 betrifft nicht die Höchstfrist, innerhalb derer der Dienstleistungserbringer nach Erteilung der Genehmigung seine Tätigkeit tatsächlich aufnehmen muss.

## Auswahl zwischen mehreren Bewerbern

**Art. 15** - Ist die Zahl der für eine bestimmte Dienstleistungstätigkeit verfügbaren Genehmigungen aufgrund der Knappheit der natürlichen Ressourcen oder der verfügbaren technischen Kapazitäten begrenzt, wird ein neutrales und transparentes Verfahren zur Auswahl der Bewerber angewendet. Insbesondere wird eine angemessene Bekanntmachung der Eröffnung, des Ablaufs und des Ausgangs des Verfahrens gewährleistet.

In den in Absatz 1 genannten Fällen wird die Genehmigung für einen angemessenen befristeten Zeitraum gewährt und darf weder automatisch verlängert werden noch dem Dienstleistungserbringer, dessen Genehmigung gerade abgelaufen ist, oder Personen, die in besonderer Beziehung zu diesem Dienstleistungserbringer stehen, irgendeine andere Begünstigung gewähren.

## Unzulässige Anforderungen

**Art. 16** - Die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit im deutschen Sprachgebiet wird nicht von einer der folgenden Anforderungen abhängig gemacht :

1. diskriminierenden Anforderungen, die direkt oder indirekt auf der Staatsangehörigkeit oder - für Unternehmen - dem satzungsmäßigen Sitz beruhen, insbesondere :
  - a) einem Staatsangehörigkeitserfordernis für den Dienstleistungserbringer, seine Beschäftigten, seine Gesellschafter oder die Mitglieder der Geschäftsführung oder Kontrollorgane;
  - b) einer Residenzpflicht des Dienstleistungserbringers, seiner Beschäftigten, der Gesellschafter oder der Mitglieder der Geschäftsführung oder Kontrollorgane im betreffenden Hoheitsgebiet;
2. einem Verbot der Errichtung von Niederlassungen in mehr als einem Mitgliedstaat oder der Eintragung in Register oder der Registrierung bei Berufsverbänden oder -vereinigungen in mehr als einem Mitgliedstaat;
3. Beschränkungen der Wahlfreiheit des Dienstleistungserbringers zwischen einer Hauptniederlassung und einer Zweitniederlassung, insbesondere der Verpflichtung für den Dienstleistungserbringer, seine Hauptniederlassung im deutschen Sprachgebiet zu unterhalten, oder Beschränkungen der Wahlfreiheit für eine Niederlassung in Form einer Agentur, einer Zweigstelle oder einer Tochtergesellschaft;
4. Bedingungen der Gegenseitigkeit in Bezug auf den Mitgliedstaat, in dem der Dienstleistungserbringer bereits eine Niederlassung unterhält, mit Ausnahme solcher, die durch Gemeinschaftsrechtsakte im Bereich der Energie vorgesehen sind;
5. einer wirtschaftlichen Überprüfung im Einzelfall, bei der die Erteilung der Genehmigung vom Nachweis eines wirtschaftlichen Bedarfs oder einer Marktnachfrage abhängig gemacht wird, oder der Beurteilung der tatsächlichen oder möglichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Tätigkeit oder der Bewertung ihrer Eignung für die Verwirklichung wirtschaftlicher, von der zuständigen Behörde festgelegter Programmziele; dieses Verbot betrifft nicht Planungerfordernisse, die keine wirtschaftlichen Ziele verfolgen, sondern zwingenden Gründen des Allgemeininteresses dienen;
6. der direkten oder indirekten Beteiligung von konkurrierenden Marktteilnehmern, einschließlich in Beratungsgremien, an der Erteilung von Genehmigungen oder dem Erlass anderer Entscheidungen der zuständigen Behörden, mit Ausnahme der Berufsverbände und -vereinigungen oder anderen Berufsorganisationen, die als zuständige Behörde fungieren; dieses Verbot gilt weder für die Anhörung von Organisationen wie Handelskammern oder Sozialpartnern zu Fragen, die nicht einzelne Genehmigungsanträge betreffen, noch für die Anhörung der Öffentlichkeit;
7. der Pflicht, eine finanzielle Sicherheit zu stellen oder sich daran zu beteiligen, oder eine Versicherung bei einem Dienstleistungserbringer oder einer Einrichtung, die im deutschen Sprachgebiet niedergelassen sind, abzuschließen. Dies berührt weder die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, Versicherungen oder finanzielle Sicherheiten als solche zu verlangen, noch Anforderungen, die sich auf die Beteiligung an einem kollektiven Ausgleichsfonds, z. B. für Mitglieder von Berufsverbänden oder -organisationen, beziehen;
8. der Pflicht, bereits vorher während eines bestimmten Zeitraums in den in Belgien geführten Registern eingetragen gewesen zu sein oder die Tätigkeit vorher während eines bestimmten Zeitraums im deutschen Sprachgebiet ausgeübt zu haben.

## Abschnitt 2 - Freier Dienstleistungsverkehr

## Dienstleistungsfreiheit

**Art. 17** - § 1 - Für Dienstleistungserbringer, die im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats niedergelassen sind, wird die freie Aufnahme und freie Ausübung von Dienstleistungstätigkeiten innerhalb des deutschen Sprachgebiets gewährleistet.

Die Aufnahme oder Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit darf nicht von Anforderungen abhängig gemacht werden, die gegen folgende Grundsätze verstoßen :

1. Nicht-Diskriminierung : die Anforderung darf weder eine direkte noch eine indirekte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit oder - bei juristischen Personen - aufgrund des Mitgliedstaats, in dem sie niedergelassen sind, darstellen;
2. Erforderlichkeit : die Anforderung muss aus Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Gesundheit oder des Schutzes der Umwelt gerechtfertigt sein;
3. Verhältnismäßigkeit : die Anforderung muss zur Verwirklichung des mit ihr verfolgten Ziels geeignet sein und darf nicht über das hinausgehen, was zur Erreichung dieses Ziels erforderlich ist.

§ 2 - Die Dienstleistungsfreiheit eines in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Dienstleistungserbringers darf nicht eingeschränkt werden, indem dieser einer der folgenden Anforderungen unterworfen wird :

1. der Pflicht, im deutschen Sprachgebiet eine Niederlassung zu unterhalten;
2. der Pflicht, bei den zuständigen Behörden eine Genehmigung einzuholen; dies gilt auch für die Verpflichtung zur Eintragung in ein Register oder die Mitgliedschaft in einem Berufsverband oder einer Berufsvereinigung im deutschen Sprachgebiet, außer in den in diesem Dekret oder anderen Vorschriften des Gemeinschaftsrechts vorgesehenen Fällen;
3. dem Verbot, im deutschen Sprachgebiet eine bestimmte Form oder Art von Infrastruktur zu errichten, einschließlich Geschäftsräumen oder einer Kanzlei, die der Dienstleistungserbringer zur Erbringung der betreffenden Leistungen benötigt;
4. der Anwendung bestimmter vertraglicher Vereinbarungen zur Regelung der Beziehungen zwischen dem Dienstleistungserbringer und dem Dienstleistungsempfänger, die eine selbstständige Tätigkeit des Dienstleistungserbringers verhindert oder beschränkt;
5. der Pflicht, sich von den zuständigen Behörden einen besonderen Ausweis für die Ausübung einer Dienstleistungstätigkeit ausstellen zu lassen;
6. Anforderungen betreffend die Verwendung von Ausrüstungsgegenständen und Materialien, die integraler Bestandteil der Dienstleistung sind, es sei denn, diese Anforderungen sind für den Schutz der Gesundheit und die Sicherheit am Arbeitsplatz notwendig;
7. den in Artikel 25 genannten Beschränkungen des freien Dienstleistungsverkehrs.

## Weitere Ausnahmen von der Dienstleistungsfreiheit

**Art. 18** - Artikel 17 findet keine Anwendung auf :

1. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse;
2. die Angelegenheiten, die unter die Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen fallen;
3. die Angelegenheiten, die unter die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr fallen;
4. die Angelegenheiten, die unter Titel II der Richtlinie 2005/36/EG fallen, sowie Anforderungen im Mitgliedstaat der Dienstleistungserbringung, die eine Tätigkeit den Angehörigen eines bestimmten Berufs vorbehalten;
5. die Angelegenheiten, die unter die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, fallen;
6. bezüglich Verwaltungsformalitäten betreffend die Freizügigkeit von Personen und ihren Wohnsitz, die Angelegenheiten, die unter diejenigen Bestimmungen der Richtlinie 2004/38/EG fallen, die Verwaltungsformalitäten vorsehen, die die Begünstigten bei den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, in dem die Dienstleistung erbracht wird, erfüllen müssen;
7. die Angelegenheiten, die unter die Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über die Prüfung des Jahresabschlusses und des konsolidierten Abschlusses fallen.

## Ausnahmen im Einzelfall

**Art. 19** - § 1 - Abweichend von Artikel 17 und nur in Ausnahmefällen kann die Regierung Maßnahmen gegenüber einem in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Dienstleistungserbringer ergreifen, die sich auf die Sicherheit der Dienstleistungen beziehen, und zwar gemäß den Bedingungen und Verfahren, die auf ähnliche Maßnahmen gegenüber Dienstleistungserbringern, die im deutschen Sprachgebiet niedergelassen sind, anwendbar sind.

Die in Absatz 1 genannten Maßnahmen können nur unter Einhaltung des in Artikel 41 genannten Amtshilfverfahrens und bei Vorliegen aller folgenden Voraussetzungen ergriffen werden :

1. die Rechtsvorschriften, aufgrund deren die Maßnahme getroffen wird, waren nicht Gegenstand einer Harmonisierung auf Gemeinschaftsebene im Bereich der Sicherheit von Dienstleistungen;
2. die Maßnahmen bewirken für den Dienstleistungsempfänger einen größeren Schutz als die Maßnahmen, die der Niederlassungsmitgliedstaat aufgrund seiner nationalen Vorschriften ergreifen würde;
3. der Niederlassungsmitgliedstaat hat keine beziehungsweise im Hinblick auf Artikel 41 unzureichende Maßnahmen ergriffen;
4. die Maßnahmen sind verhältnismäßig.

§ 2 - § 1 lässt die in den Gemeinschaftsrechtsakten festgelegten Bestimmungen zur Gewährleistung der Dienstleistungsfreiheit oder zur Gewährung von Ausnahmen von dieser Freiheit unberührt.

## Abschnitt 3 - Qualität der Dienstleistungen und Information

## Informationen über die Dienstleistungserbringer und deren Dienstleistungen

**Art. 20** - § 1 - Die Dienstleistungserbringer haben den Dienstleistungsempfängern folgende Informationen zur Verfügung zu stellen :

1. den Namen des Dienstleistungserbringers,
2. seinen Rechtsstatus und seine Rechtsform,
3. die geografische Anschrift, unter der er niedergelassen ist,
4. Angaben, die, gegebenenfalls auf elektronischem Weg, eine schnelle Kontaktaufnahme und eine direkte Kommunikation mit ihm ermöglichen;
5. die Unternehmensnummer;
6. falls die Tätigkeit einer Genehmigungsregelung unterliegt, die Angaben zur zuständigen Behörde oder zum einheitlichen Ansprechpartner;
7. bei reglementierten Berufen den Berufsverband oder eine ähnliche Einrichtung, dem oder der der Dienstleistungserbringer angehört, die Berufsbezeichnung, den Mitgliedstaat, in dem sie verliehen wurde, einen Verweis auf die geltenden berufsrechtlichen Regeln und wie diese zugänglich sind;
8. gegebenenfalls die vom Dienstleistungserbringer verwendeten allgemeinen Geschäftsbedingungen und Klauseln;
9. gegebenenfalls das Vorliegen vom Dienstleistungserbringer verwendeter Vertragsklauseln über das auf den Vertrag anwendbare Recht und/oder den Gerichtsstand;
10. gegebenenfalls das Vorliegen einer gesetzlich nicht vorgeschriebenen nachvertraglichen Garantie;
11. den Preis der Dienstleistung, falls der Preis für eine bestimmte Art von Dienstleistung im Vorhinein vom Dienstleistungserbringer festgelegt wurde;
12. die Hauptmerkmale der Dienstleistung, wenn diese nicht bereits aus dem Zusammenhang hervorgehen;
13. Angaben zur Versicherung oder zu den Sicherheiten gemäß Artikel 10, insbesondere den Namen und die Kontaktdaten des Versicherers oder Sicherungsgebers und den räumlichen Geltungsbereich.

§ 2 - Beschreiben die Dienstleistungserbringer ihre Dienstleistungen ausführlich in einer Informationsunterlage, haben sie darin Informationen über ihre multidisziplinären Tätigkeiten und Partnerschaften, die in direkter Verbindung zu der fraglichen Dienstleistung stehen, und über die Maßnahmen, die sie ergriffen haben, um Interessenkonflikte zu vermeiden, aufzunehmen.

## Bekanntmachung der Informationen

**Art. 21** - Nach Wahl des Dienstleistungserbringers werden die in Artikel 20 § 1 genannten Informationen :

1. vom Dienstleistungserbringer von sich aus mitgeteilt;
2. für den Dienstleistungsempfänger am Ort der Leistungserbringung oder des Vertragsabschlusses leicht zugänglich gemacht;
3. für den Dienstleistungsempfänger elektronisch über eine vom Dienstleistungserbringer angegebene Adresse leicht zugänglich gemacht;
4. in allen von den Dienstleistungserbringern den Dienstleistungsempfängern zur Verfügung gestellten ausführlichen Informationsunterlagen über die angebotene Dienstleistung aufgeführt.

## Zusatzinformationen

**Art. 22** - Auf Anfrage des Dienstleistungsempfängers hat der Dienstleistungserbringer folgende Zusatzinformationen mitzuteilen :

1. falls der Preis nicht im Vorhinein vom Dienstleistungserbringer festgelegt wurde, den Preis der Dienstleistung oder, wenn kein genauer Preis angegeben werden kann, die Vorgehensweise zur Berechnung des Preises, die es dem Dienstleistungsempfänger ermöglicht, den Preis zu überprüfen, oder einen hinreichend ausführlichen Kostenvorschlag;
2. bei reglementierten Berufen einen Verweis auf die im Niederlassungsmitgliedstaat geltenden berufsrechtlichen Regeln und wie diese zugänglich sind;
3. Informationen über seine multidisziplinären Tätigkeiten und Partnerschaften, die in direkter Verbindung zu der fraglichen Dienstleistung stehen, und über die Maßnahmen, die er ergriffen hat, um Interessenkonflikte zu vermeiden. Diese Informationen müssen in allen ausführlichen Informationsunterlagen des Dienstleistungserbringers über seine Tätigkeit enthalten sein;
4. Verhaltenskodizes, die für den Dienstleistungserbringer gelten, und die Adresse, unter der diese elektronisch abgerufen werden können, sowie Angaben über die Sprachen, in denen sie vorliegen.

## Informationsanforderungen

**Art. 23** - Informationen, die der Dienstleistungserbringer gemäß diesem Abschnitt zur Verfügung stellen oder mitteilen muss, sind klar und unzweideutig und sind rechtzeitig vor Abschluss des Vertrages oder, wenn kein schriftlicher Vertrag geschlossen wird, vor Erbringung der Dienstleistung bereitzustellen.

## Verhältnis zu anderen Informationsanforderungen

**Art. 24** - Die Informationsanforderungen gemäß diesem Abschnitt ergänzen die durch andere Rechtsvorschriften vorgesehenen Anforderungen für Dienstleistungserbringer, die im deutschen Sprachgebiet niedergelassen sind.

*Abschnitt 4 - Rechte der Dienstleistungsempfänger*

## Unzulässige Beschränkung der Rechte der Dienstleistungsempfänger

**Art. 25** - Dem Dienstleistungsempfänger werden keine Anforderungen auferlegt, die die Inanspruchnahme einer Dienstleistung beschränken, die von einem in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Dienstleistungserbringer angeboten wird. Dies gilt insbesondere für folgende Anforderungen :

1. die Pflicht, bei den zuständigen Behörden eine Genehmigung einzuholen oder diesen gegenüber eine Erklärung abzugeben;
2. diskriminierende Beschränkungen der Möglichkeit zur Erlangung finanzieller Unterstützung, die auf der Tatsache beruhen, dass der Dienstleistungserbringer in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen ist, oder aufgrund des Ortes, an dem die Dienstleistung erbracht wird.

Absatz 1 findet keine Anwendung auf Genehmigungsregelungen, die gleichermaßen auf die Inanspruchnahme einer Dienstleistung, die ein im deutschen Sprachgebiet niedergelassener Dienstleistungserbringer anbietet, Anwendung finden.

## Nicht-Diskriminierung

**Art. 26** - Dem Dienstleistungsempfänger werden keine diskriminierenden Anforderungen auferlegt, die auf dessen Staatsangehörigkeit oder Wohnsitz beruhen.

Die allgemeinen Bedingungen für den Zugang zu einer Dienstleistung, die der Dienstleistungserbringer bekannt gemacht hat, enthalten keine auf der Staatsangehörigkeit oder dem Wohnsitz des Dienstleistungsempfängers beruhenden diskriminierenden Bestimmungen. Dies berührt jedoch nicht die Möglichkeit, Unterschiede bei den Zugangsbedingungen vorzusehen, die unmittelbar durch objektive Kriterien gerechtfertigt sind.

*Abschnitt 5 - Streitbeilegung*

## Kontaktdaten

**Art. 27** - Die Dienstleistungserbringer geben Kontaktdaten, insbesondere eine Postanschrift, eine Faxnummer oder eine E-Mail-Adresse und eine Telefonnummer an, an die alle Dienstleistungsempfänger, auch diejenigen, die in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind, direkt eine Beschwerde oder eine Bitte um Information über die erbrachte Dienstleistung richten können.

Die Dienstleistungserbringer teilen ihre Wohnsitz- oder Gesellschaftssitzanschrift mit, falls diese nicht ihre übliche Korrespondenzanschrift ist.

## Bearbeitung von Beschwerden

**Art. 28** - Die Dienstleistungserbringer beantworten die in Artikel 27 genannten Beschwerden so schnell wie möglich und bemühen sich um zufriedenstellende Lösungen.

### Informationsanforderungen

**Art. 29** - Sieht ein Verhaltenskodex, eine Handelsvereinigung oder ein Berufsverband außergerichtliche Verfahren der Streitbeilegung vor, haben die Dienstleistungserbringer, die einem solchen Verhaltenskodex unterliegen oder einer solchen Handelsvereinigung oder einem solchen Berufsverband angehören, den Dienstleistungsempfänger hierüber zu informieren und dies in jeder Unterlage, in der sie ihre Dienstleistungen näher beschreiben, indem sie angeben, wie ausführliche Auskünfte über die Merkmale der außergerichtlichen Verfahren der Streitbeilegung und über die Bedingungen, unter denen die Verfahren angewandt werden, eingeholt werden können.

#### Nachweise über die Anforderungen und Informationen

**Art. 30** - Die Dienstleistungserbringer haben nachzuweisen, dass die in Artikel 20 bis 23 und 27 bis 29 genannten Anforderungen erfüllt und die Informationen richtig sind.

#### Abschnitt 6 - Verwaltungszusammenarbeit

##### Grundsätze der Amtshilfe %

**Art. 31** - § 1 - Die zuständige Behörde übermittelt im Rahmen ihrer Befugnisse der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats die anhand eines begründeten Ersuchens erbetenen Informationen, über die sie in Bezug auf einen Dienstleistungserbringer und/oder dessen Dienstleistungen verfügt.

Sie informiert darüber, ob der Dienstleistungserbringer in ihrem Hoheitsgebiet niedergelassen ist und ihres Wissens seine Tätigkeiten nicht in rechtswidriger Weise ausübt.

§ 2 - Die zuständige Behörde nimmt im Rahmen ihrer Befugnisse, die von der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats anhand eines begründeten Ersuchens erbetenen Überprüfungen, Kontrollen und Untersuchungen vor.

Sie beurteilt die Art und Tragweite der vorgenommenen Überprüfungen, Kontrollen und Untersuchungen, um dem Ersuchen einer zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats nachzukommen.

##### Übermittlung von Informationen

**Art. 32** - § 1 - Die zuständige Behörde übermittelt im Rahmen ihrer Befugnisse und gemäß den für eine solche Übermittlung geltenden Rechtsvorschriften der zuständigen Behörde eines anderen Mitgliedstaats die anhand eines begründeten Ersuchens erbetenen Entscheidungen über Disziplinarmaßnahmen oder Verwaltungsstrafen in Bezug auf die Ausübung des Berufs des Dienstleistungserbringers, insofern diese endgültig und von direkter Bedeutung für die Kompetenz oder berufliche Zuverlässigkeit des Dienstleistungserbringers sind.

Außerdem übermittelt sie im Rahmen ihrer Befugnisse und gemäß Buch II Titel VII Kapitel I des Strafprozessgesetzbuchs die Informationen über strafrechtliche Maßnahmen in Bezug auf die Ausübung des Berufs des Dienstleistungserbringers, insofern diese endgültig sind, sowie rechtskräftig gewordene Urteile über die Insolvenz im Sinne der Anlage A zu der Verordnung EG Nr. 1346/2000 oder den betrügerischen Konkurs eines Dienstleistungserbringers, wenn diese Informationen und Urteile von direkter Bedeutung für die Kompetenz oder berufliche Zuverlässigkeit des Dienstleistungserbringers sind.

In der Mitteilung sind die verletzten Rechtsvorschriften anzugeben.

§ 2 - Diese Mitteilung erfolgt unter Einhaltung der Rechtsvorschriften zum Schutz personenbezogener Daten und der Rechte der bestraften oder verurteilten Personen, einschließlich der von einer Berufskammer festgelegten Rechte.

Die Regierung erlässt nach Gutachten des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens :

1. die zu verarbeitenden Daten;
2. die Erhebung der Daten;
3. die Dauer der Aufbewahrung der Daten;
4. an wen die Daten übermittelt werden;
5. Sicherheitsmaßnahmen für die Verarbeitung der Daten.

§ 3 - Teilt die zuständige Behörde solche Entscheidungen mit, informiert sie den Dienstleistungserbringer darüber.

##### Modalitäten der Übermittlung von Informationen

**Art. 33** - Die aufgrund der Artikel 31 und 32 angeforderten Informationen oder die Ergebnisse der Überprüfungen, Kontrollen und Untersuchungen sind so schnell wie möglich und über das elektronische Informationsaustauschsystem zu übermitteln.

##### Verfahren bei Schwierigkeiten und juristischen Einwänden

**Art. 34** - Treten bei der Beantwortung eines Ersuchens um Informationen oder bei der Durchführung von Überprüfungen, Kontrollen und Untersuchungen Schwierigkeiten oder juristische Einwände auf, informiert die zuständige Behörde umgehend die ersuchende zuständige Behörde des anderen Mitgliedstaats unter Angabe der Gründe, die dem Ersuchen entgegenstehen. Kann die ersuchende zuständige Behörde des anderen Mitgliedstaats den Standpunkt der zuständigen Behörde nicht teilen und kann keine gemeinsame Lösung gefunden werden, ist die Verbindungsstelle für die Deutschsprachige Gemeinschaft darüber zu unterrichten.

##### Einsichtnahme in Register

**Art. 35** - Register, in die die Dienstleistungserbringer eingetragen sind und die von den belgischen zuständigen Behörden eingesehen werden können, können unter denselben Bedingungen auch von den entsprechenden zuständigen Behörden der anderen Mitgliedstaaten eingesehen werden. Die näheren Modalitäten legt die Regierung fest.

Erlasse der Regierung, die die in Absatz 1 angeführten Modalitäten festlegen, sind dem Gutachten der Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats unterworfen und müssen innerhalb von 15 Monaten nach ihrer Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt durch Dekret bestätigt werden.

##### Behandlung von Ersuchen

**Art. 36** - Ersuche um Informationen und um Durchführung von Überprüfungen, Kontrollen und Untersuchungen, die eine zuständige Behörde nach Maßgabe dieses Kapitels an eine zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaats richtet, sind ordnungsgemäß zu begründen und über das elektronische Informationsaustauschsystem zu stellen. Insbesondere ist anzugeben, weshalb die betreffenden Informationen angefordert werden.

Kommt die zuständige Behörde des anderen Mitgliedstaats dem Ersuchen der zuständigen Behörde nicht nach und kann keine gemeinsame Lösung gefunden werden, hat die zuständige Behörde die Verbindungsstelle für die Deutschsprachige Gemeinschaft darüber zu unterrichten.

#### Datenschutz

**Art. 37** - Die ausgetauschten Informationen dürfen nur im Zusammenhang mit der Angelegenheit verwendet werden, für die sie angefordert wurden.

#### Kontroll- oder Durchführungsmaßnahmen

**Art. 38** - § 1 - Die zuständige Behörde ergreift Kontroll- oder Durchführungsmaßnahmen gegen im deutschen Sprachgebiet niedergelassene Dienstleistungserbringer, auch wenn die Dienstleistung in einem anderen Mitgliedstaat erbracht wurde oder dort Schaden verursacht hat.

§ 2 - Die in § 1 genannte Verpflichtung umfasst nicht die Verpflichtung, Kontrollen und Prüfungen des Sachverhalts im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats durchzuführen, in dem die Dienstleistung erbracht wird.

Solche Kontrollen und Prüfungen werden auf Ersuchen der zuständigen Behörde und im Einklang mit Artikel 36 von den Behörden des Mitgliedstaats durchgeführt, in dem der Dienstleistungserbringer vorübergehend tätig ist.

#### Maßnahmen von Amts wegen

**Art. 39** - Die zuständige Behörde kann von Amts wegen Überprüfungen, Kontrollen und Untersuchungen vor Ort über einen Dienstleistungserbringer durchführen, der nicht im deutschen Sprachgebiet niedergelassen ist, insofern diese Maßnahmen nicht diskriminierend sind, nicht darauf beruhen, dass der Dienstleistungserbringer seine Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat hat und verhältnismäßig sind.

#### Vorwarnungsmechanismus

**Art. 40** - Erhält die zuständige Behörde Kenntnis von bestimmten Verhaltensweisen, Handlungen oder Umständen im Zusammenhang mit einem Dienstleistungserbringer oder einer Dienstleistungstätigkeit, der/die einen schweren Schaden für die Gesundheit oder Sicherheit von Personen oder für die Umwelt in ihrem Hoheitsgebiet oder im Hoheitsgebiet anderer Mitgliedstaaten verursachen könnten, unterrichtet sie so schnell wie möglich die Verbindungsstelle für die Deutschsprachige Gemeinschaft, die die föderalen Koordinatoren, die übrigen betroffenen Mitgliedstaaten und die Kommission über das elektronische Informationsaustauschsystem hierüber unterrichtet. Bei Änderung oder Aufhebung der Vorwarnung wird nach demselben Verfahren vorgegangen.

Die gerichtlichen Verfahren bleiben hiervon unberührt.

#### Amtshilfe bei Ausnahmen im Einzelfall

**Art. 41** - § 1 - Beabsichtigt die zuständige Behörde, eine Maßnahme gemäß Artikel 19 zu ergreifen, ersucht sie - unbeschadet der gerichtlichen Verfahren, einschließlich Vorverfahren und Handlungen, die im Rahmen einer strafrechtlichen Ermittlung durchgeführt werden - die zuständige Behörde des Niederlassungsmitgliedstaats, Maßnahmen gegen den betreffenden Dienstleistungserbringer zu ergreifen und übermittelt alle zweckdienlichen Informationen über die in Frage stehende Dienstleistung und den jeweiligen Sachverhalt über das elektronische Informationsaustauschsystem.

§ 2 - Nach Eingang der Antwort des Niederlassungsmitgliedstaats oder in Ermangelung einer Antwort binnen einer angemessenen Frist, unterrichtet die zuständige Behörde die föderalen Koordinatoren, die Kommission und den Niederlassungsmitgliedstaat über das elektronische Informationsaustauschsystem gegebenenfalls über die von ihr beabsichtigten Maßnahmen.

Die Mitteilung führt auf :

1. aus welchen Gründen sie die vom Niederlassungsmitgliedstaat getroffenen oder beabsichtigten Maßnahmen für unzureichend hält;
2. warum die zuständige Behörde der Auffassung ist, dass die von ihr beabsichtigten Maßnahmen die Voraussetzungen des Artikels 19 § 2 erfüllen.

§ 3 - Die Maßnahmen dürfen frühestens fünfzehn Werktage nach der in § 2 genannten Mitteilung getroffen werden.

§ 4 - In dringenden Fällen kann die zuständige Behörde, die beabsichtigt, eine Maßnahme zu ergreifen, von den § 1, 2 und 3 abweichen. In diesen Fällen sind die Maßnahmen der Kommission und dem Niederlassungsmitgliedstaat unverzüglich unter Begründung der Dringlichkeit mitzuteilen.

#### Verhältnis zur Richtlinie 96/71/EG

**Art. 42** - Von diesem Abschnitt bleibt die Amtshilfe, die gemäß der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen erfolgt, unberührt.

#### Abschnitt 7 - Verwaltungsvereinfachung

##### Grundsatz

**Art. 43** - Erlegen Rechtsvorschriften einem Dienstleistungserbringer oder -empfänger auf, ein Zeugnis, eine Bescheinigung oder ein sonstiges Dokument zum Nachweis der Erfüllung einer Anforderung vorzulegen, werden alle Dokumente eines anderen Mitgliedstaats anerkannt, die eine gleichwertige Funktion haben oder aus denen hervorgeht, dass die betreffende Anforderung erfüllt ist.

Dokumente eines anderen Mitgliedstaats müssen nicht im Original, in beglaubigter Kopie oder in beglaubigter Übersetzung vorgelegt werden, außer in den Fällen, in denen dies in Gemeinschaftsrechtsakten vorgesehen ist, oder wenn zwingende Gründe des Allgemeininteresses, einschließlich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, dies erfordern.

#### Elektronisches Formular

**Art. 44** - In Übereinstimmung mit Artikel 30 des Programmdekrets 2009 vom 27. April 2009 wird ein elektronisches Formular der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit seinen eventuellen Anlagen, das gemäß den von der Regierung bestimmten Modalitäten und Bedingungen ausgefüllt, für gültig erklärt und übermittelt wird, dem Papierformular mit derselben Überschrift, das gemäß den Dekrets- und Verordnungsbestimmungen ausgefüllt, unterzeichnet und der betroffenen Verwaltung übermittelt wird, gleichgestellt.



*Abschnitt 8 - Strafrechtliche Bestimmungen*

## Geldbuße

**Art. 45** - Wer gegen die Vorschriften von Artikel 20 bis 23 und 26 bis 29 verstößt, wird mit einer Geldbuße von 250 bis 10.000 Euro bestraft.

Wer böswillig gegen die Vorschriften von Artikel 20 bis 23 und 26 bis 29 verstößt, wird mit einer Geldbuße von 500 bis 20.000 Euro bestraft.

*KAPITEL 3 - Vertikale Umsetzung**Abschnitt 1 - Archäologische Sondierungen oder Ausgrabungen*

## Änderung des Denkmalschutzdekrets vom 23. Juni 2008

**Art. 46** - Artikel 26 Absatz 1 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen wird um folgenden Wortlaut ergänzt :

"Die einzelnen Bedingungen, an die die Regierung die Erlaubnis knüpft, sind nicht diskriminierend, erforderlich und verhältnismäßig."

*Abschnitt 2 - Organisatoren von Kampfsportveranstaltungen*

## Änderung des Dekrets vom 30. Januar 2006

**Art. 47** - Das Dekret vom 30. Januar 2006 zur Vorbeugung gesundheitlicher Schäden bei sportlicher Betätigung wird wie folgt abgeändert :

1. In Artikel 24 Absatz 3 wird im einleitenden Satz zwischen die Wörter "Bestimmungen" und "umfassen" die Wortfolge "entsprechen wenigstens den von der Regierung festzulegenden Mindestvorschriften und" eingefügt;

2. Artikel 27 wird um folgenden Wortlaut ergänzt :

"Die Bedingungen, an die die Regierung die Anerkennung knüpft, sind nicht diskriminierend, erforderlich und verhältnismäßig."

*Abschnitt 3 - Camping und Campingplätze*

## Änderung des Campingdekrets vom 9. Mai 1994

**Art. 48** - Artikel 20 Nummer 4 des Dekrets vom 9. Mai 1994 über Camping und Campingplätze ist aufgehoben.

*Abschnitt 4 - Unterkünfte- und Hotelbetriebe*

## Änderung des Hoteldekrets vom 9. Mai 1994

**Art. 49** - Das Dekret vom 9. Mai 1994 über Unterkünfte- und Hotelbetriebe wird wie folgt abgeändert :

1. Artikel 23 Absatz 3 wird um folgenden Wortlaut ergänzt :

"Ein besonders begründeter Fall ist nur dann gegeben, wenn spezifische Betriebsbedingungen oder schwerwiegende technische Schwierigkeiten vorliegen."

2. Artikel 29 Absatz 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt :

"Unbeschadet ihrer Aussetzung oder ihres Entzugs gilt die Hotelgenehmigung als unbefristet."

*Abschnitt 5 - Kinderbetreuung*

## Änderung des Dekrets vom 9. Mai 1988

**Art. 50** - In Artikel 4 Absatz 2 des Dekrets vom 9. Mai 1988 zur Übernahme gewisser Personalmitglieder des Nationalen Kinderhilfswerks sowie zur Regelung der Betreuung von Kindern bis zu 12 Jahren, ersetzt durch das Dekret vom 7. Januar 2002, wird nach dem ersten Satz ein neuer Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt :

"Die Kriterien und Verfahren für die Anerkennung sind nicht diskriminierend, erforderlich und verhältnismäßig."

*Abschnitt 6 - Betreute Wohnungen*

## Änderung des Dekrets vom 4. Juni 2007

**Art. 51** - Das Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und über die psychiatrischen Pflegewohnheime wird wie folgt abgeändert :

1. In Artikel 3 Absatz 3 wird das Wort "höchstens" gestrichen;

2. in Artikel 4 § 1 Absatz 2 wird nach dem zweiten Satz ein neuer Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt : "Letzteres gilt nicht für betreute Wohnungen.";

3. in Artikel 4 § 1 Absatz 3 wird nach dem ersten Satz ein neuer Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt : "Die vorläufige Anerkennung von betreuten Wohnungen gilt für eine Dauer von 6 Monaten.";

4. in Artikel 5 § 2 Absatz 2 wird nach dem zweiten Satz ein neuer Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt : "Dies gilt nicht für betreute Wohnungen.";

5. in Artikel 5 § 4 Satz 2 und Satz 3 wird jeweils die Wortfolge "oder Dienstleistungen" gestrichen;

6. Artikel 5 § 5 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt :

"§ 5 - Die Anerkennung gilt unbefristet.";

7. in Artikel 8 Absatz 2 wird nach dem ersten Satz ein neuer Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt : "Dies gilt nicht für betreute Wohnungen.";

8. in Artikel 10 wird nach dem ersten Satz ein neuer Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt : "Die Bedingungen, an die die Regierung die Anerkennung knüpft, sind nicht diskriminierend, erforderlich und verhältnismäßig.";

9. ein neuer Artikel 10.1 mit folgendem Wortlaut wird eingefügt :

"Artikel 10.1 - Die Regierung trifft ihre Entscheidung über einen Antrag auf Genehmigung, vorläufige Anerkennung beziehungsweise Anerkennung binnen 120 Tagen ab Erhalt des Antrags."

KAPITEL 4 - *Schlussbestimmung*

## Berichterstattung

**Art. 52** - Die Regierung erstattet dem Parlament regelmäßig Bericht über :

1. die Auswirkungen der Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt auf die Wahrnehmung und Gestaltung der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

2. die Vorschläge der EU-Kommission für die Anpassung dieser Richtlinie im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen und deren mögliche Auswirkungen auf die Wahrnehmung und Gestaltung der Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Ein erster Bericht wird bis zum 1. April 2011 im Parlament hinterlegt. Die Hinterlegung der folgenden Berichte erfolgt in einem Dreijahresrhythmus jeweils bis zum 1. April. Das Parlament kann bei der Regierung Zwischenberichte einfordern.

## Inkrafttreten

**Art. 53** - Dieses Dekret tritt mit Wirkung vom 28. Dezember 2009 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgisches Staatsblatt* veröffentlicht wird.  
Eupen, den 15. März 2010

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

O. PAASCH

Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

Frau I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus

H. MOLLERS

Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

## Fußnote

Sitzungsperiode 2009-2010

*Dokumente des Parlamentes*: 29 (2009-2010) Nr. 1 Entwurf

Nr. 2 Abänderungsvorschlag

Nr. 3 Abänderungsvorschläge

Nr. 4 Bericht

Ausführlicher Bericht : 15. März 2010 Nr. 9 Diskussion und Abstimmung

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2010 — 1179

[2010/201917]

## 15 MARS 2010. — Décret sur les services

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — *Dispositions générales*

## Clause européenne

**Article 1<sup>er</sup>**. Ce décret transpose partiellement la directive 2006/123/CE du Parlement européen et du Conseil du 12 décembre 2006 relative aux services dans le marché intérieur.

## Définitions

**Art. 2.** Aux fins du présent décret on entend par :

1° « service », toute activité économique non salariée, exercée normalement contre rémunération, visée à l'article 57 du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE);

2° « prestataire », toute personne physique ressortissante d'un Etat membre, ou toute personne morale au sens de l'article 54 du TFUE, établie dans un Etat membre et qui offre ou fournit un service;

3° « établissement », l'exercice effectif, par le prestataire, d'une activité économique visée à l'article 49 du TFUE pour une durée indéterminée et au moyen d'une infrastructure stable à partir de laquelle la fourniture de services est réellement assurée;

4° « destinataire », toute personne physique ressortissante d'un Etat membre ou qui bénéficie de droits qui lui sont conférés par des actes communautaires, ou toute personne morale au sens de l'article 54 du TFUE, établie dans un Etat membre et qui, à des fins professionnelles ou non, utilise ou souhaite utiliser un service;

5° « profession réglementée », une activité ou un ensemble d'activités professionnelles dont l'accès, l'exercice ou l'une des modalités d'exercice est subordonné directement ou indirectement, en vertu de dispositions législatives, réglementaires ou administratives, à la possession de qualifications professionnelles déterminées; l'utilisation d'un titre professionnel limitée par des dispositions législatives, réglementaires ou administratives aux détenteurs d'une qualification professionnelle donnée constitue une modalité d'exercice;

6° « régime d'autorisation », toute procédure qui a pour effet d'obliger un prestataire ou un destinataire à faire une démarche auprès d'une autorité compétente en vue d'obtenir un acte formel ou une décision implicite relatif à l'accès à une activité de service ou à son exercice;

7° « exigence », toute obligation, interdiction, condition ou limite prévue dans les dispositions législatives, réglementaires ou administratives ou découlant de la jurisprudence, des pratiques administratives, des règles des ordres professionnels ou des règles collectives d'associations professionnelles ou autres organisations professionnelles adoptées dans l'exercice de leur autonomie juridique;

8° « raisons impérieuses d'intérêt général », des raisons que la Cour européenne de Justice a reconnues comme telles dans sa jurisprudence permanente, notamment : l'ordre public, la sécurité publique, la santé publique, la préservation de l'équilibre financier du système de sécurité sociale, la protection des consommateurs, des destinataires de services et des travailleurs, la loyauté des transactions commerciales, la lutte contre la fraude, la protection de l'environnement et de l'environnement urbain, la santé des animaux, la propriété intellectuelle, la conservation du patrimoine national historique et artistique, des objectifs de politique sociale et des objectifs de politique culturelle;

9° « assurance en responsabilité professionnelle », une assurance souscrite par un prestataire pour couvrir, à l'égard des destinataires et, le cas échéant, des tiers sa responsabilité éventuelle en cas de dommage résultant de la prestation de service;

10° « autorité compétente », tout organe ou toute instance ayant un rôle de contrôle ou de réglementation des activités de services;

11° « Etat membre », un Etat membre de l'Union européenne;

12° « Etat membre d'établissement », l'Etat membre sur le territoire duquel le prestataire du service concerné a son établissement;

13° « jour ouvrable », tout jour calendrier, à l'exclusion des dimanches et jours fériés légaux;

14° « données à caractère personnel », les informations concernant une personne identifiée ou identifiable, conformément à la définition prévue à l'article 1<sup>er</sup>, § 1<sup>er</sup>, de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel;

15° « point de liaison pour la Communauté germanophone », la personne physique qui, au sein du Ministère de la Communauté germanophone, est désignée comme contact entre la Commission européenne et les autorités belges compétentes en vue de l'assistance mutuelle prévue par le présent décret.

#### Champ d'application

**Art. 3.** Ce décret s'applique aux services qui relèvent de la compétence de la Communauté germanophone. Les compétences de l'autorité fédérale, des autres communautés et régions ne sont en rien affectées.

Il ne s'applique pas aux activités suivantes :

1° les services d'intérêt général non économiques, y compris les services sociaux ne relevant pas du point 8°;

2° les services financiers;

3° les services et réseaux de communications électroniques ainsi que les ressources et services associés pour ce qui concerne les matières régies par le décret du 27 juin 2005 sur la radiodiffusion et les représentations cinématographiques, y compris les services audiovisuels, également les services cinématographiques, quel que soit leur mode de production, de distribution et de transmission, et la radiodiffusion sonore;

4° les services dans le domaine des transports, y compris le transport scolaire;

5° les services des agences de travail intérimaire;

6° les services de soins de santé, qu'ils soient ou non assurés dans le cadre d'établissements de soins et indépendamment de la manière dont ils sont organisés et financés ou de leur nature publique ou privée;

7° les activités participant à l'exercice de l'autorité publique conformément à l'article 51 du TFUE;

8° les services sociaux relatifs au logement social, à l'aide à l'enfance et à l'aide aux familles et aux personnes se trouvant de manière permanente ou temporaire dans une situation de besoin qui sont assurés par l'Etat, par des prestataires mandatés par l'Etat ou par des associations caritatives reconnues par l'Etat.

Le présent décret ne s'applique pas en matière fiscale.

#### Relation avec le droit applicable

**Art. 4.** Si des dispositions du présent décret sont en conflit avec une disposition transposant du droit communautaire européen contenue dans un autre décret ou un arrêté du Gouvernement régissant des aspects spécifiques de l'accès à une activité de services ou à son exercice dans des secteurs spécifiques ou pour des professions spécifiques, la disposition du décret ou de l'arrêté du Gouvernement prévaut et s'applique à ces secteurs ou professions spécifiques. Ceci vaut notamment pour :

1° les dispositions du décret du 27 juin 2005 sur la radiodiffusion et les représentations cinématographiques qui transposent la Directive 89/552/CEE du Conseil, du 3 octobre 1989, visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des Etats membres relatives à l'exercice d'activités de radiodiffusion télévisuelle;

2° les dispositions du décret du 25 mai 2009 portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009 qui transposent la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.

#### Computation des délais

**Art. 5.** Si le délai échoit un samedi, un dimanche ou un jour férié, il est prolongé jusqu'au premier jour ouvrable suivant.

CHAPITRE 2. — *Transposition horizontale**Section 1<sup>re</sup>*. — Liberté d'établissement

## Régimes d'autorisation

**Art. 6.** Si l'accès à une activité de service et son exercice sont subordonnés à un régime d'autorisation, celui-ci doit répondre aux critères suivants :

- 1° il n'est pas discriminatoire à l'égard du prestataire visé;
- 2° la nécessité d'un tel régime est justifiée par une raison impérieuse d'intérêt général;
- 3° l'objectif poursuivi ne peut pas être réalisé par une mesure moins contraignante, notamment parce qu'un contrôle a posteriori interviendrait trop tardivement pour avoir une efficacité réelle.

Le premier alinéa ne s'applique pas aux aspects des régimes d'autorisation qui sont régis directement ou indirectement par d'autres instruments communautaires.

## Conditions d'octroi de l'autorisation

**Art. 7.** Les régimes d'autorisation doivent reposer sur des critères qui encadrent l'exercice du pouvoir d'appréciation des autorités compétentes afin que celui-ci ne soit pas utilisé de manière arbitraire.

Ces critères sont :

- 1° non discriminatoires;
- 2° justifiés par une raison impérieuse d'intérêt général;
- 3° proportionnés par rapport à cet objectif d'intérêt général;
- 4° clairs et non ambigus;
- 5° objectifs;
- 6° rendus publics à l'avance;
- 7° transparents et accessibles.

## Exigences en matière de procédure et de redevances

**Art. 8.** Les procédures et formalités en matière d'autorisation doivent être claires, rendues publiques à l'avance et être propres à garantir un examen objectif et impartial des demandes.

Les procédures et formalités en matière d'autorisation ne peuvent être dissuasives ni compliquer ou retarder indûment la prestation du service. Elles doivent être facilement accessibles et les charges qui peuvent en découler pour les demandeurs doivent être raisonnables et proportionnées aux coûts des procédures d'autorisation et ne pas dépasser le coût des procédures.

## Interdiction de double emploi

**Art. 9.** Les conditions d'octroi de l'autorisation pour un nouvel établissement ne doivent pas faire double emploi avec les exigences et les contrôles équivalents ou essentiellement comparables en raison de leur finalité, auxquels est déjà soumis le prestataire dans un autre Etat membre ou dans le même Etat membre. Le point de liaison pour la Communauté germanophone et le prestataire assistent l'autorité compétente en fournissant les informations nécessaires sur ces exigences.

## Assurance en responsabilité professionnelle et garanties

**Art. 10.** Si un prestataire s'installe en région de langue allemande, aucune assurance professionnelle obligatoire ni aucune garantie ne peuvent être exigées de lui, dans la mesure où il est déjà couvert dans un autre Etat membre d'établissement par une garantie équivalente ou essentiellement équivalente en raison de sa finalité ou de la couverture prévue pour le risque assuré, du montant assuré, d'un plafond de garantie ou d'éventuelles exceptions de couverture.

Si l'équivalence n'est que partielle, alors, une garantie supplémentaire peut être exigée en vue de garantir les risques non couverts.

S'il est exigé d'un prestataire installé en région de langue allemande de conclure une assurance professionnelle obligatoire ou de fournir une autre garantie, les attestations délivrées par des établissements de crédits ou assureurs installés dans d'autres Etats membres suffisent pour prouver qu'une telle couverture d'assurance existe.

## Portée géographique de l'autorisation

**Art. 11.** L'autorisation permet au prestataire d'accéder à et d'exercer l'activité de service sur l'ensemble du territoire belge, y compris l'établissement sous forme d'agence, de succursale, de filiale ou de bureau, dans la mesure où un accord de coopération avec les autorités concernées le prévoit et que des raisons impérieuses d'intérêt général ne requièrent pas une autorisation pour chaque implantation ou une limitation de l'autorisation à une partie bien définie du territoire national.

## Accusé de réception

**Art. 12.** Toute demande d'autorisation fait l'objet d'un accusé de réception dans les plus brefs délais.

L'accusé de réception doit indiquer :

- 1° la date à laquelle la demande a été reçue;
- 2° le délai dans lequel une décision doit être prise à propos de la demande;
- 3° les voies de recours, les autorités compétentes en la matière et les formes et délais à respecter;
- 4° s'il y a lieu, la mention qu'en l'absence de réponse dans le délai prévu ou éventuellement prolongé, l'autorisation est considérée comme octroyée.

En cas de demande incomplète, le demandeur est informé dans les plus brefs délais du besoin de fournir des documents supplémentaires, du délai pour le faire ainsi que des conséquences éventuelles sur le délai visé à l'alinéa 2, 2°.

En cas de rejet d'une demande au motif qu'elle ne respecte pas les procédures ou formalités nécessaires, le demandeur doit en être informé dans les plus brefs délais.

## Examen des demandes

**Art. 13.** L'autorité compétente octroie l'autorisation dès qu'un examen approprié a établi que les conditions mises à son octroi étaient remplies.

Sauf disposition contraire des règles applicables, la décision relative à la demande d'autorisation doit être prise dans les 30 jours ouvrables suivant la date mentionnée dans l'accusé de réception ou - si tous les documents n'ont pas été introduits - la date à laquelle le demandeur a introduit les documents supplémentaires.

Lorsque la complexité du dossier le justifie, l'autorité compétente peut prolonger ce délai une seule fois et pour une durée limitée. La prolongation ainsi que sa durée doivent être dûment motivées et notifiées au demandeur avant l'expiration du délai initial.

En l'absence de réponse dans le délai prévu au deuxième alinéa, éventuellement prolongé conformément au troisième alinéa, l'autorisation est considérée comme octroyée. Toutefois, un régime différent peut être prévu lorsque cela est justifié par une raison impérieuse d'intérêt général, y compris l'intérêt légitime d'une tierce partie.

## Durée de l'autorisation

**Art. 14.** L'autorisation octroyée au prestataire a une durée illimitée, sauf si :

- 1° l'autorisation fait l'objet d'un renouvellement automatique;
- 2° l'autorisation est subordonnée seulement à l'accomplissement continu d'exigences;
- 3° le nombre d'autorisations disponibles est limité par une raison impérieuse d'intérêt général ou
- 4° une durée limitée d'autorisation est justifiée par une raison impérieuse d'intérêt général.

La règle prévue au premier alinéa ne porte pas atteinte à la possibilité de retirer des autorisations lorsque les conditions d'octroi de ces autorisations ne sont plus réunies.

Le premier alinéa ne vise pas le délai maximal avant la fin duquel le prestataire doit effectivement commencer son activité après y avoir été autorisé.

## Sélection entre plusieurs candidats

**Art. 15.** Lorsque le nombre d'autorisations disponibles pour une activité donnée est limité en raison de la rareté des ressources naturelles ou des capacités techniques utilisables, une procédure de sélection entre les candidats potentiels - qui prévoit toutes les garanties d'impartialité et de transparence, notamment la publicité adéquate de l'ouverture de la procédure, de son déroulement et de sa clôture - est appliquée.

Dans les cas visés au premier alinéa, l'autorisation est octroyée pour une durée limitée appropriée et ne peut pas faire l'objet d'une procédure de renouvellement automatique, ni prévoir tout autre avantage en faveur du prestataire dont l'autorisation vient juste d'expirer ou des personnes ayant des liens particuliers avec ledit prestataire.

## Exigences interdites

**Art. 16.** En région de langue allemande, l'accès à une activité de services ou son exercice n'est pas subordonné au respect de l'une des exigences suivantes :

1° les exigences discriminatoires fondées directement ou indirectement sur la nationalité ou, en ce qui concerne les sociétés, l'emplacement du siège statutaire, en particulier :

a) l'exigence de nationalité pour le prestataire, son personnel, les personnes détenant du capital social ou les membres des organes de gestion ou de surveillance du prestataire,

b) l'exigence d'être résident sur le territoire concerné pour le prestataire, son personnel, les personnes détenant du capital social ou les membres des organes de gestion ou de surveillance du prestataire;

2° l'interdiction d'avoir un établissement dans plus d'un État membre ou d'être inscrit dans les registres ou dans les ordres ou les associations professionnels de plus d'un État membre;

3° les limites à la liberté du prestataire de choisir entre un établissement à titre principal ou à titre secondaire, en particulier l'obligation pour le prestataire d'avoir son établissement principale en région de langue allemande, ou les limites à la liberté de choisir entre l'établissement sous forme d'agence, de succursale ou de filiale;

4° les conditions de réciprocité avec l'État membre où le prestataire a déjà un établissement, à l'exception de celles prévues dans les instruments communautaires en matière d'énergie;

5° l'application au cas par cas d'un test économique consistant à subordonner l'octroi de l'autorisation à la preuve de l'existence d'un besoin économique ou d'une demande du marché, à évaluer les effets économiques potentiels ou réels de l'activité ou à évaluer l'adéquation de l'activité avec les objectifs de programmation économique fixés par l'autorité compétente. Cette interdiction ne concerne pas les programmations nécessaires qui ne poursuivent pas d'objectif économique mais répondent à des raisons impérieuses d'intérêt général;

6° l'intervention directe ou indirecte d'opérateurs concurrents, y compris au sein d'organes consultatifs, dans l'octroi d'autorisations ou dans l'adoption d'autres décisions des autorités compétentes, à l'exception des ordres, associations ou autres organisations professionnels qui agissent en tant qu'autorité compétente; cette interdiction ne s'applique ni à la consultation d'organismes tels que les chambres de commerce ou les partenaires sociaux sur des questions autres que des demandes d'autorisation individuelles ni à une consultation du public;

7° l'obligation de constituer ou de participer à une garantie financière ou de souscrire une assurance auprès d'un prestataire ou d'un organisme établi en région de langue allemande. Ceci ne porte pas atteinte à la possibilité pour les États membres d'exiger une couverture d'assurance ou des garanties financières en tant que telles et ne porte pas atteinte aux exigences relatives à la participation à un fonds collectif de compensation, par exemple pour les membres d'ordres ou organisations professionnels;

8° l'obligation d'avoir été préalablement inscrit pendant une période donnée dans les registres tenus en Belgique ou d'avoir exercé précédemment l'activité pendant une période donnée en région de langue allemande.

## Section 2. — Libre circulation des services

## Libre prestation des services

**Art. 17.** § 1<sup>er</sup> - Le libre accès à l'activité de service ainsi que son libre exercice en région de langue allemande sont garantis aux prestataires établis sur le territoire d'un autre État membre.

L'accès à une activité de service ou son exercice ne peuvent être subordonnés à des exigences qui ne satisfont pas aux principes suivants :

1° non discrimination : l'exigence ne peut être directement ou indirectement discriminatoire en raison de la nationalité ou, dans le cas de personnes morales, en raison de l'État membre dans lequel elles sont établies;

2° nécessité : l'exigence doit être justifiée par des raisons d'ordre public, de sécurité publique, de santé publique ou de protection de l'environnement;

3° proportionnalité : l'exigence doit être propre à garantir la réalisation de l'objectif poursuivi et ne pas aller au-delà de ce qui est nécessaire pour atteindre cet objectif.

§ 2 - La libre prestation de services par un prestataire établi dans un autre État membre ne peut être restreinte en imposant l'une des exigences suivantes :

1° l'obligation pour le prestataire d'avoir un établissement en région de langue allemande;

2° l'obligation pour le prestataire d'obtenir une autorisation des autorités compétentes, y compris une inscription dans un registre ou auprès d'un ordre ou d'une association professionnels existant en région de langue allemande, sauf dans les cas visés par le présent décret ou par d'autres instruments de la législation communautaire;

3° l'interdiction pour le prestataire de se doter en région de langue allemande d'une certaine forme ou d'un certain type d'infrastructure, y compris d'un bureau ou d'un cabinet d'avocats, dont le prestataire a besoin pour fournir les services en question;

4° l'application d'un régime contractuel particulier entre le prestataire et le destinataire qui empêche ou limite la prestation de service à titre indépendant;

5° l'obligation, pour le prestataire, de posséder un document d'identité spécifique à l'exercice d'une activité de service délivré par leurs autorités compétentes;

6° les exigences affectant l'utilisation d'équipements et de matériel qui font partie intégrante de la prestation du service, à l'exception de celles nécessaires à la santé et la sécurité au travail;

7° les restrictions à la libre circulation des services visées à l'article 25.

## Dérogations supplémentaires à la libre prestation des services

**Art. 18.** L'article 17 ne s'applique pas :

1° aux services d'intérêt économique général;

2° aux matières couvertes par la Directive 96/71/CE du Parlement européen et du Conseil du 16 décembre 1996 concernant le détachement de travailleurs effectué dans le cadre d'une prestation de services;

3° aux matières couvertes par la Directive 95/46/CE du Parlement européen et du Conseil du 24 octobre 1995 relative à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données;

4° aux matières couvertes par le titre II de la Directive 2005/36/CE ainsi qu'aux exigences en vigueur dans l'État membre où le service est fourni, qui réservent une activité à une profession particulière;

5° aux matières couvertes par le Règlement (CEE) n° 1408/71 du Conseil du 14 juin 1971 relatif à l'application des régimes de sécurité sociale aux travailleurs salariés, aux travailleurs non salariés et aux membres de leur famille qui se déplacent à l'intérieur de la Communauté;

6° en ce qui concerne les formalités administratives relatives à la libre circulation des personnes et à leur résidence, aux matières couvertes par les dispositions de la Directive 2004/38/CE qui précisent les démarches administratives que les bénéficiaires doivent entreprendre auprès des autorités compétentes de l'État membre où le service est fourni;

7° aux matières couvertes par la Directive 2006/43/CE du Parlement européen et du Conseil du 17 mai 2006 concernant les contrôles légaux des comptes annuels et des comptes consolidés.

## Dérogations dans des cas individuels

**Art. 19.** § 1<sup>er</sup> - Par dérogation à l'article 17, et uniquement dans des circonstances exceptionnelles, le Gouvernement peut prendre, à l'encontre d'un prestataire ayant son établissement dans un autre État membre, des mesures relatives à la sécurité des services, et ce dans le respect des conditions et procédures applicables à des mesures semblables prises vis-à-vis de prestataires établis en région de langue allemande.

Les mesures visées au premier alinéa ne peuvent être prises que dans le respect de la procédure d'assistance mutuelle prévue à l'article 41 et si les conditions suivantes sont réunies :

1° les dispositions en vertu desquelles les mesures sont prises n'ont pas fait l'objet d'une harmonisation communautaire dans le domaine de la sécurité des services;

2° les mesures sont plus protectrices pour le destinataire que celles que prendrait l'État membre d'établissement en vertu de ses dispositions nationales;

3° l'État membre d'établissement n'a pas pris de mesures ou a pris des mesures insuffisantes par rapport à celles visées à l'article 41;

4° les mesures sont proportionnées.

§ 2 - Le § 1<sup>er</sup> n'affecte pas les dispositions qui, prévues dans les instruments communautaires, garantissent la libre circulation des services ou permettent des dérogations à celle-ci.

*Section 3. — Qualité des prestations et information*

## Informations relatives aux prestataires et à leurs prestations

**Art. 20.** § 1<sup>er</sup> - Les prestataires mettront à la disposition des destinataires les informations suivantes :

- 1° leur nom;
- 2° leur statut juridique et leur forme juridique;
- 3° l'adresse géographique à laquelle ils sont établis;
- 4° les coordonnées permettant d'entrer en contact rapidement et de communiquer directement avec eux, le cas échéant par voie électronique;
- 5° leur numéro d'entreprise;
- 6° dans le cas où l'activité est soumise à un régime d'autorisation, les coordonnées de l'autorité compétente ou de l'interlocuteur unique;
- 7° en ce qui concerne les professions réglementées, tout ordre professionnel ou organisme similaire auprès duquel le prestataire est inscrit, le titre professionnel et l'Etat membre dans lequel il a été octroyé, ainsi qu'une référence aux règles professionnelles en vigueur et le moyen d'y accéder;
- 8° les conditions générales et les clauses générales dans le cas où le prestataire en utilise;
- 9° l'existence, dans le cas où le prestataire en utilise, de clauses contractuelles concernant la législation applicable au contrat et/ou concernant la juridiction compétente;
- 10° l'existence de toute garantie après-vente éventuelle, non imposée par la loi;
- 11° le prix du service, lorsque le prix est déterminé au préalable par le prestataire pour un type de service donné;
- 12° les principales caractéristiques du service, si elles ne ressortent pas déjà du contexte;
- 13° l'assurance ou les garanties visées à l'article 10, en particulier les coordonnées de l'assureur ou du garant et la couverture géographique.

§ 2 - Si les prestataires décrivent de manière détaillée leurs services dans un document d'information, ils y font figurer des informations sur leurs activités pluridisciplinaires et partenariats qui sont directement liés au service concerné et sur les mesures prises pour éviter les conflits d'intérêts.

## Communication des informations

**Art. 21.** Les informations visées à l'article 20, § 1<sup>er</sup>, sont au choix du prestataire :

- 1° communiquées par le prestataire lui-même;
- 2° rendues facilement accessibles au destinataire sur le lieu de la prestation ou de conclusion du contrat;
- 3° rendues facilement accessibles au destinataire par voie électronique, au moyen d'une adresse communiquée par le prestataire;
- 4° figurent dans tout document d'information du prestataire, fourni au destinataire, présentant de manière détaillée les services.

## Informations supplémentaires

**Art. 22.** A la demande du destinataire, le prestataire communique les informations supplémentaires suivantes :

- 1° lorsque le prix n'est pas déterminé au préalable par le prestataire, le prix du service ou, lorsqu'un prix exact ne peut pas être indiqué, la méthode de calcul du prix permettant au destinataire de vérifier ce dernier, ou un devis suffisamment détaillé;
- 2° en ce qui concerne les professions réglementées, une référence aux règles professionnelles applicables dans l'Etat membre d'établissement et aux moyens d'y avoir accès;
- 3° des informations sur ses activités pluridisciplinaires et partenariats qui sont directement liés au service concerné et sur les mesures prises pour éviter les conflits d'intérêts. Ces informations figurent dans tout document d'information dans lequel le prestataire présente de manière détaillée ses services;
- 4° les éventuels codes de conduite auxquels le prestataire est soumis ainsi que l'adresse à laquelle ces codes peuvent être consultés par voie électronique, en précisant les versions linguistiques disponibles.

## Exigences en matière d'information

**Art. 23.** Les informations que le prestataire doit, conformément à la présente section, mettre à disposition ou communiquer le seront de manière claire et non ambiguë, et en temps utile avant la conclusion du contrat, ou avant la prestation du service lorsqu'il n'y a pas de contrat écrit.

## Relation avec les autres exigences en matière d'information

**Art. 24.** Les exigences en matière d'information visées dans la présente section s'ajoutent aux exigences prévues par d'autres dispositions juridiques et applicables aux prestataires ayant leur établissement en région de langue allemande.

*Section 4. — Droits des destinataires*

## Interdiction de réduire les droits des destinataires

**Art. 25.** Aucune exigence qui restreint l'utilisation d'un service fourni par un prestataire ayant son établissement dans un autre Etat membre ne sera imposée au prestataire. Il s'agit notamment des exigences suivantes :

- 1° l'obligation d'obtenir une autorisation des autorités compétentes ou de faire une déclaration auprès de celles-ci;
- 2° des limites discriminatoires à l'octroi d'aides financières au motif que le prestataire est établi dans un autre Etat membre ou pour des raisons liées à l'emplacement du lieu où le service est fourni.

Le premier alinéa ne s'applique pas aux régimes d'autorisation également valables pour l'utilisation d'un service proposé par un prestataire établi en région de langue allemande.

## Non discrimination

**Art. 26.** Le destinataire n'est pas soumis à des exigences discriminatoires fondées sur sa nationalité ou son lieu de résidence.

Les conditions générales d'accès à un service, qui sont mises à la disposition du public par le prestataire, ne contiennent pas des conditions discriminatoires en raison de la nationalité ou du lieu de résidence du destinataire. Cela ne porte toutefois pas atteinte à la possibilité de prévoir des différences dans les conditions d'accès lorsque ces conditions sont directement justifiées par des critères objectifs.

## Section 5. — Règlement des litiges

## Coordonnées de contact

**Art. 27.** Les prestataires fournissent leurs coordonnées, notamment une adresse de postale, un numéro de télécopie ou une adresse électronique ainsi qu'un numéro de téléphone où tous les destinataires, y compris ceux résidant dans un autre État membre, peuvent leur adresser directement une réclamation ou demander des informations sur le service fourni.

Les prestataires fournissent l'adresse de leur domicile ou leur adresse sociale si elle ne correspond pas à leur adresse de correspondance habituelle.

## Examen des réclamations

**Art. 28.** Les prestataires répondent aux réclamations visées à l'article 27 dans les plus brefs délais et s'efforcent de trouver une solution satisfaisante.

## Exigences en matière d'information

**Art. 29.** Si un code de conduite ou une association ou un organisme professionnels prévoit le recours à des moyens de règlement extrajudiciaire des litiges, alors, les prestataires soumis à un tel code ou membres d'une telle association ou d'un tel organisme en informent le destinataire et le mentionnent dans tout document présentant de manière détaillée leurs services, en indiquant comment accéder à des informations détaillées sur les caractéristiques et les conditions d'utilisation de ces moyens de règlement extrajudiciaire.

## Preuves relatives aux exigences et informations

**Art. 30.** Les prestataires doivent apporter la preuve que les exigences mentionnées aux articles 20 à 23 et 27 à 29 sont remplies et que les informations sont correctes.

## Section 6. — Coopération administrative

## Principes de l'assistance mutuelle

**Art. 31.** § 1<sup>er</sup> - Dans le cadre de ses compétences, l'autorité compétente fournit à l'autorité compétente d'un autre État membre qui en fait la demande les informations dont elle dispose sur un prestataire et/ou ses services.

Elle signale que le prestataire est bien établi sur son territoire et, qu'à sa connaissance, il n'y exerce pas ses activités de manière illégale.

§ 2 - Dans le cadre de ses compétences, l'autorité compétente procède aux vérifications, inspections et enquêtes qui ont fait l'objet d'une demande motivée de l'autorité compétente d'un autre État membre.

Elle juge de la nature et de la portée des vérifications, inspections et enquêtes menées pour satisfaire à la demande posée par l'autorité compétente d'un autre État membre.

## Communication d'informations

**Art. 32.** § 1<sup>er</sup> - Dans le cadre de ses compétences et conformément aux normes applicables à une telle communication, l'autorité compétente communique à l'autorité compétente d'un autre État membre les décisions qui ont fait l'objet d'une demande motivée et sont prises en matière de sanctions disciplinaires ou administratives relatives à l'exercice de la profession du prestataire, dans la mesure où elles sont définitives et sont directement significatives pour la compétence ou la fiabilité professionnelle du prestataire.

Dans le cadre de ses compétences et conformément au livre 2, titre VII, chapitre 1<sup>er</sup>, du Code d'instruction criminelle, elle communique en outre les informations sur les mesures pénales relatives à l'exercice de la profession du prestataire, dans la mesure où elles sont définitives, ainsi que les décisions coulées en force de chose jugée prises en matière d'insolvabilité au sens de l'annexe A du Règlement CE n° 1346/2000 ou de faillite frauduleuse d'un prestataire, lorsque ces informations et jugements sont directement significatifs pour la compétence ou la fiabilité professionnelle du prestataire.

La communication mentionnera les normes enfreintes.

§ 2 - Cette communication respecte les dispositions juridiques relatives à la protection des données à caractère personnel et les droits des personnes sanctionnées ou condamnées, y compris les droits fixés par un ordre professionnel.

Sur avis de la Commission pour la protection de la vie privée, le Gouvernement arrête :

- 1° les données à traiter;
- 2° la récolte des données;
- 3° la durée de conservation des données;
- 4° à qui ces données sont transmises;
- 5° les mesures de sécurité relatives au traitement des données.

§ 3 - Si l'autorité compétente transmet de telles décisions, elle en informe le prestataire.



## Modalités de la transmission d'informations

**Art. 33.** Les informations ou résultats des vérifications, inspections et enquêtes demandés conformément aux articles 31 et 32 seront transmis le plus rapidement possible via le système d'échange électronique d'informations.

## Procédure en cas de difficultés et d'objections juridiques

**Art. 34.** Si des difficultés ou des objections juridiques surviennent lorsqu'il est répondu à une demande d'information ou lorsqu'il est procédé à des vérifications, inspections ou enquêtes, l'autorité compétente en informe immédiatement l'autorité compétente de l'autre Etat membre qui a formulé la demande en indiquant les motifs qui s'opposent à la demande. Si l'autorité compétente de l'autre Etat membre qui a formulé la demande ne peut se rallier au point de vue de l'autorité compétente et qu'aucune solution commune ne peut être trouvée, alors le point de liaison pour la Communauté germanophone doit en être informé.

## Consultation de registres

**Art. 35.** Les registres dans lesquels sont inscrits les prestataires et qui peuvent être consultés par les autorités belges compétentes peuvent également être consultés, aux mêmes conditions, par les autorités compétentes équivalentes des autres Etats membres. Les autres modalités sont fixées par le Gouvernement.

Des arrêtés du Gouvernement fixant les modalités visées au premier alinéa sont soumis à l'avis de la section législation du Conseil d'Etat et doivent, dans un délai de quinze mois suivant leur publication au *Moniteur belge*, être confirmés par décret.

## Examen des demandes

**Art. 36.** Des demandes d'information et les demandes de procéder à des vérifications, contrôles et enquêtes adressées par une autorité compétente à une autorité compétente d'un autre Etat membre en vertu du présent chapitre sont dûment motivées et introduites via le système d'échange électronique d'informations. Il faut notamment indiquer les fins pour lesquelles elles ont été demandées.

Si l'autorité compétente d'un autre Etat membre ne satisfait pas à la demande de l'autorité compétente et qu'aucune solution commune ne peut être trouvée, alors l'autorité compétente doit en informer le point de liaison pour la Communauté germanophone.

## Protection des données

**Art. 37.** Les informations échangées ne peuvent être utilisées qu'en relation avec la matière pour laquelle elles ont été demandées.

## Mesures de contrôle ou d'exécution

**Art. 38.** § 1<sup>er</sup> - L'autorité compétente prend des mesures de contrôle ou d'exécution contre des prestataires établis en région de langue allemande, même si le service a été fourni ou a causé des dommages dans un autre Etat membre.

§ 2 - L'obligation visée au § 1<sup>er</sup> n'implique pas le devoir de procéder à des vérifications et des contrôles factuels sur le territoire de l'Etat membre où le service est fourni.

Ces vérifications et contrôles sont effectués par les autorités de l'Etat membre dans lequel le prestataire opère temporairement, à la demande de l'autorité compétente, et ce conformément à l'article 36.

## Mesures d'office

**Art. 39.** L'autorité compétente peut procéder d'office, sur place, à des vérifications, inspections et enquêtes relatives à un prestataire qui n'est pas établi en région de langue allemande, si ces mesures ne sont pas discriminatoires, ne relèvent pas du fait que le prestataire est établi dans un autre Etat membre et sont proportionnées.

## Mécanisme d'alerte

**Art. 40.** Lorsque l'autorité compétente prend connaissance de comportements, de faits ou de circonstances en rapport avec un prestataire ou une activité de service et susceptibles de causer un préjudice grave à la santé ou à la sécurité des personnes ou à l'environnement sur son territoire ou sur le territoire d'autres Etats membres, elle en informe dans les plus brefs délais le point de liaison pour la Communauté germanophone qui à son tour en informe, via le système d'échange électronique d'informations, le coordinateur fédéral, les autres Etats membres concernés et la Commission. Si l'alerte est modifiée ou levée, il est procédé de la même manière.

Ceci n'affecte pas les procédures judiciaires.

## Assistance mutuelle en cas d'exceptions individuelles

**Art. 41.** § 1<sup>er</sup> - Si l'autorité compétente envisage de prendre une mesure en vertu de l'article 19, § 2, elle adresse une demande à l'autorité compétente de l'Etat membre d'établissement - sans préjudice des procédures judiciaires, y compris les procédures préliminaires et les actions menées dans le cadre d'une instruction pénale - de prendre des mesures contre le prestataire concerné et fournit toutes les informations pertinentes sur le service en cause et les circonstances de l'espèce via le système électronique d'échange d'informations.

§ 2 - Après réception de la réponse de l'Etat membre d'établissement ou en l'absence de réponse dans un délai raisonnable, l'autorité compétente communique le cas échéant les mesures qu'elle compte prendre aux coordinateurs fédéraux, à la Commission et à l'Etat membre d'établissement via le système d'échange électronique d'informations.

La communication précise :

1° les raisons pour lesquelles l'autorité compétente estime que les mesures proposées ou adoptées par l'Etat membre d'établissement sont insuffisantes;

2° les raisons pour lesquelles elle estime que les mesures envisagées remplissent les conditions de l'article 19, § 2.

§ 3 - Les mesures ne peuvent être adoptées que quinze jours ouvrables après une notification conforme au § 2.

§ 4 - En cas d'urgence, l'autorité compétente qui envisage de prendre une mesure peut déroger aux §§ 1<sup>er</sup>, 2 et 3. Dans de tels cas, les mesures doivent être immédiatement communiquées à la Commission et à l'Etat membre d'établissement en justifiant l'urgence.

## Relation avec la Directive 96/71/CE

**Art. 42.** La présente section ne porte pas préjudice à la coopération en matière d'information résultant de la mise en œuvre de la Directive 96/71/CE du Parlement européen et du Conseil du 16 décembre 1996 concernant le détachement de travailleurs effectué dans le cadre d'une prestation de services.

*Section 7. — Simplification administrative*

## Principe

**Art. 43.** Si des dispositions juridiques imposent à un prestataire de présenter un certificat, une attestation ou un autre document pour prouver qu'il remplit une exigence, tous les documents d'un autre Etat membre ayant une fonction équivalente ou dont il ressort que l'exigence en question est remplie, sont reconnus.

Les documents d'un autre Etat membre ne doivent pas être présentés sous forme d'original, de copie certifiée ou de traduction certifiée, sauf dans les cas prévus par les instruments communautaires ou lorsque des raisons impérieuses d'intérêt général, y compris l'ordre et la sécurité publics, l'exigent.

## Formulaire électronique

**Art. 44.** Conformément à l'article 30 du décret-programme 2009 du 27 avril 2009, un formulaire électronique de la Communauté germanophone, avec ses annexes éventuelles, rempli, déclaré valable et transmis selon les modalités et conditions déterminées par le Gouvernement sera assimilé au formulaire papier portant le même intitulé qui est rempli, signé et transmis à l'administration concernée conformément aux dispositions décrétales et réglementaires.

*Section 8. — Dispositions pénales*

## Amendes

**Art. 45.** Sont punis d'une amende de 250 à 10.000 euros, ceux qui commettent une infraction aux dispositions des articles 20 à 23 et 26 à 29.

Sont punis d'une amende de 500 à 20.000 euros, ceux qui, de mauvaise foi, commettent une infraction aux dispositions des articles 20 à 23 et 26 à 29.

CHAPITRE 3. — *Transposition verticale**Section 1<sup>re</sup>. — Sondages archéologiques ou fouilles*

## Modification du décret du 23 juin 2008 sur le patrimoine

**Art. 46.** L'article 26 du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles est complété comme suit :

« Les différentes conditions auxquelles le Gouvernement subordonne l'autorisation sont non discriminatoires, nécessaires et proportionnées. »

*Section 2. — Organismes de manifestations de sport de combat*

## Modification du décret du 30 janvier 2006

**Art. 47.** Le décret du 30 janvier 2006 tendant à prévenir les dommages sanitaires lors de la pratique sportive est modifié comme suit :

1° La phrase introductive de l'article 24, alinéa 3, est remplacée par ce qui suit : « Celles-ci satisfont au moins aux règles minimales fixées par le Gouvernement et comportent au moins une description détaillée. »

2° L'article 27 est complété comme suit :

« Les conditions auxquelles le Gouvernement subordonne l'agrégation sont non discriminatoires, nécessaires et proportionnées. »;

*Section 3. — Camping et terrains de camping*

## Modification du décret du 9 mai 1994 sur le camping

**Art. 48.** L'article 20, 4°, du décret du 9 mai 1994 sur le camping et les terrains de camping est abrogé.

*Section 4. — Établissements d'hébergement et établissements hôteliers*

## Modification du décret "hôtelier" du 9 mai 1994

**Art. 49.** Le décret du 9 mai 1994 sur les établissements d'hébergement et les établissements hôteliers est modifié comme suit :

1° L'article 23, alinéa 3, est complété par la phrase suivante :

« Un cas n'est dûment justifié que lors de conditions d'exploitation spécifiques ou de graves difficultés techniques. »

2° L'article 29, alinéa 2, est complété par la phrase suivante :

« L'autorisation hôtelière a une durée indéterminée, sans préjudice de sa suspension ou de son retrait. »

## Section 5. — - Accueil d'enfants

Modification du décret du 9 mai 1988

**Art. 50.** Dans l'article 4, alinéa 2, du décret du 9 mai 1988 visant la reprise de certains membres du personnel de l'Oeuvre nationale de l'Enfance et portant réglementation de l'hébergement d'enfants de moins de douze ans, remplacé par le décret du 7 janvier 2002, il est inséré une nouvelle phrase, libellée comme suit, après la première :

« Les critères et procédures de reconnaissance sont non discriminatoires, nécessaires et proportionnés. »

## Section 6. — Résidences-services

Modification du décret du 4 juin 2007

**Art. 51.** Dans le décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'article 3, alinéa 3, les mots "au plus" sont abrogés;

2° l'article 4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, est complété par une troisième phrase, rédigée comme suit : "Ceci ne vaut pas pour les résidences-services.";

3° l'article 4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, est complété par une deuxième phrase, rédigée comme suit : "L'agrégation provisoire de résidences-services faut pour six mois."

4° l'article 5, § 2, alinéa 2, est complété par une troisième phrase, rédigée comme suit : "Ceci ne vaut pas pour les résidences-services.";

5° dans l'article 5, § 4, deuxième phrase, les mots "ou services" sont abrogés. Dans la troisième phrase, les mots "ou de services" sont abrogés.

6° l'article 5, § 5, est remplacé par ce qui suit :

" § 5 - L'agrégation est accordée pour une durée indéterminée.";

7° l'article 8, alinéa 2, est complété par une deuxième phrase, rédigée comme suit : "Ceci ne vaut pas pour les résidences-services.";

8° l'article 10 est complété par une deuxième phrase, rédigée comme suit : « Les conditions auxquelles le Gouvernement subordonne l'agrégation sont non discriminatoires, nécessaires et proportionnées. »;

9° il est inséré un article 10.1, rédigé comme suit :

"Art. 10.1 - Le Gouvernement statue sur la demande d'autorisation, d'agrégation provisoire ou d'agrégation dans les cent-vingt jours de la réception de la demande."

## CHAPITRE 4. — Disposition finale

## Rapport

**Art. 52.** Le Gouvernement rend régulièrement rapport au Parlement :

1° des effets que la transposition de la Directive 2006/123/CE du Parlement européen et du Conseil du 12 décembre 2006 relative aux services dans le marché intérieur a sur l'exercice et l'organisation des compétences de la Communauté germanophone;

2° des propositions de la Commission de l'UE relatives à l'adaptation de cette directive en vue de l'achèvement du marché intérieur des services et de leurs effets éventuels sur l'exercice et l'organisation des compétences de la Communauté germanophone.

Un premier rapport sera déposé au Parlement pour le 1<sup>er</sup> avril 2011 au plus tard. Les rapports suivants seront déposés pour le 1<sup>er</sup> avril selon en rythme triennal. Le Parlement peut exiger du Gouvernement des rapports intérimaires.

## Entrée en vigueur

**Art. 53.** Le présent décret produit ses effets le 28 décembre 2009.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 15 mars 2010.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi

Mme I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme

H. MOLLERS,

Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

## Note

Session 2009-2010

Documents parlementaires : 29 (2009-2010) N° 1 Projet

N° 2 Proposition d'amendement

N° 3 Propositions d'amendement

N° 4 Rapport

Compte rendu intégral : 15 mars 2010, N° 9 Discussion et vote

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2010 — 1179

[2010/201917]

## 15 MAART 2010. — Dienstendecreet

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Algemene bepalingen*

## Europese clausule

**Artikel 1.** Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van Richtlijn 2006/123/EG van het Europees Parlement en de Raad van 12 december 2006 betreffende diensten op de interne markt.

## Begripsbepalingen

**Art. 2.** Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder :

1° "dienst" : elke economische activiteit, anders dan in loondienst, die gewoonlijk tegen vergoeding geschiedt, zoals bedoeld in artikel 57 van het Verdrag betreffende de werking van de Europese Unie (VwEU);

2° "dienstverrichter" : iedere natuurlijke persoon, onderdaan van een lidstaat, of iedere rechtspersoon in de zin van artikel 54 van het VwEU die in een lidstaat gevestigd is en een dienst aanbiedt of verricht;

3° "vestiging" : de daadwerkelijke uitoefening van een economische activiteit bedoeld in artikel 49 van het VwEU door de dienstverrichter voor onbepaalde tijd en vanuit een duurzame infrastructuur, van waaruit daadwerkelijk diensten worden verricht;

4° "afnemer" : iedere natuurlijke persoon die onderdaan is van een lidstaat of die rechten heeft die haar door communautaire besluiten zijn verleend, of iedere rechtspersoon in de zin van artikel 54 van het VwEU die in een lidstaat is gevestigd en, al dan niet voor beroepsdoeleinden, van een dienst gebruik maakt of wil maken;

5° "gereguleerd beroep" : een beroepswerkzaamheid of een geheel van beroepswerkzaamheden waartoe de toegang of waarvan de uitoefening of één van de wijzen van uitoefening krachtens wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen direct of indirect afhankelijk worden gesteld van het bezit van bepaalde beroepskwalificaties; met name het voeren van een beroepstitel die door wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen beperkt is tot personen die een specifieke beroepskwalificatie bezitten, geldt als een wijze van uitoefening;

6° "vergunningstelsel" : elke procedure die voor een dienstverrichter of afnemer de verplichting inhoudt bij een bevoegde instantie stappen te ondernemen ter verkrijging van een formele of stilzwijgende beslissing over de toegang tot of de uitoefening van een dienstenactiviteit;

7° "eis" : elke verplichting, verbodsbepaling, voorwaarde of beperking vastgelegd in de wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen of voortvloeiend uit de rechtspraak, de administratieve praktijk, de regels van beroepsorden of de collectieve regels van beroepsverenigingen of andere beroepsorganisaties die deze in het kader van de hun toegekende juridische bevoegdheden hebben vastgesteld;

8° "dwingende redenen van algemeen belang" : redenen die door de vaste rechtspraak van het Europees Hof van Justitie als zodanig erkend zijn, met inbegrip van : de openbare orde, de openbare veiligheid, de staatsveiligheid, de volksgezondheid, de handhaving van het financiële evenwicht van het socialezekerheidsstelsel, de bescherming van consumenten, afnemers van diensten en werknemers, de eerlijkheid van handelstransacties, de fraudebestrijding, de bescherming van het milieu en het stedelijke milieu, dierenwelzijn, de intellectuele eigendom, het behoud van het nationaal historisch en artistiek erfgoed en doelstellingen van het sociaal beleid en het cultuurbeleid;

9° "beroepsaansprakelijkheidsverzekering" : een door de dienstverrichter afgesloten verzekering ter dekking, jegens afnemers en, in voorkomend geval, derden, van zijn eventuele aansprakelijkheid in het geval van schade voortvloeiend uit de verrichting van de dienst;

10° "bevoegde autoriteit" : elke autoriteit of instantie die een toezichthoudende of regelgevende rol vervult ten aanzien van dienstenactiviteiten;

11° "lidstaat" : een lidstaat van de Europese Unie;

12° "lidstaat van vestiging" : de lidstaat op het grondgebied waarvan de dienstverrichter is gevestigd;

13° "werkdag" : elke kalenderdag met uitsluiting van de zondagen en wettelijke feestdagen;

14° "persoonsgegevens" : informatie over een geïdentificeerde of identificeerbare natuurlijke persoon in overeenstemming met de definitie van artikel 1, § 1, van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens;

15° "Contactpunt voor de Duitstalige Gemeenschap" : de natuurlijke persoon die binnen het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen is om in het kader van de administratieve wederzijdse hulp krachtens dit decreet het aanspreekpunt te zijn tussen de Europese Commissie en de bevoegde Belgische autoriteiten.

## Toepassingsgebied

**Art. 3.** Dit decreet geldt voor de diensten die onder de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap vallen. De bevoegdheden van de federale overheid, van de andere gemeenschappen en gewesten blijven onaangetast.

Het is niet van toepassing op de volgende activiteiten :

1° diensten van algemeen belang van niet-economische aard, met inbegrip van de sociale diensten die niet onder 8° vallen;

2° financiële diensten;

3° levering van elektronische communicatiediensten en -netwerken en bijbehorende faciliteiten en diensten op de gebieden die in het decreet van 27 juni 2005 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen geregeld zijn, met inbegrip van de audiovisuele diensten, met inbegrip van cinematografische diensten, ongeacht hun wijze van productie, distributie en doorgifte, en de radio-omroep;

4° diensten op het gebied van vervoer, met inbegrip van leerlingenvervoer;

5° diensten van uitzendbureaus;

6° diensten van de gezondheidszorg, al dan niet verleend door gezondheidszorgfaciliteiten en ongeacht de wijze waarop zij zijn georganiseerd en worden gefinancierd en ongeacht de vraag of de diensten openbaar of particulier van aard zijn;

7° activiteiten in het kader van de uitoefening van het openbaar gezag, als bedoeld in artikel 51 van het VwUE;

8° sociale diensten betreffende sociale huisvesting, kinderopvang en ondersteuning van gezinnen of personen in permanente of tijdelijke nood, die worden verleend door de staat, door dienstverrichters die hiervoor een opdracht hebben of een mandaat gekregen van de staat, of door liefdadigheidsinstellingen die als zodanig door de staat zijn erkend.

Dit decreet is niet van toepassing op het gebied van belastingen.

## Verhouding tot het geldende recht

**Art. 4.** Indien bepalingen van dit decreet strijdig zijn met een bepaling van een ander decreet of een besluit van de Regering met betrekking tot specifieke aspecten van de toegang tot of de uitoefening van een dienstenactiviteit in specifieke sectoren of voor specifieke beroepen die Europees communautair recht implementeert, dan heeft de bepaling van het andere decreet of van het besluit van de Regering voorrang en is deze van toepassing op die specifieke sectoren of beroepen. Dit geldt inzonderheid voor :

1° de bepalingen van het decreet van 27 juni 2005 over de radio-omroep en de filmvoorstellingen, die de Richtlijn 89/522/EWG van de Raad van 3 oktober 1989 betreffende de coördinatie van bepaalde wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen in de lidstaten inzake de uitoefening van televisieomroepactiviteiten omzetten;

2° de bepalingen van het decreet van 25 juni 2009 over maatregelen inzake het onderwijs en de opleiding 2009, die de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties omzetten.

## Berekening van de termijnen

**Art. 5.** Als de termijn op een zaterdag, zondag of feestdag afloopt, wordt hij verlengd tot de eerstvolgende werkdag.

HOOFDSTUK 2. — *Horizontale Omzetting**Afdeling 1. — Vrijheid van vestiging*

## Vergunningsstelsels

**Art. 6.** Indien de toegang tot en de uitoefening van een dienstenactiviteit aan een vergunningsstelsel onderworpen worden, moet dit vergunningsstelsel aan de volgende criteria voldoen :

1° het is voor de betrokken dienstverrichter niet discriminatoir;

2° het is om een dwingende reden van algemeen belang gerechtvaardigd;

3° het nagestreefde doel kan niet door een minder beperkende maatregel worden bereikt, met name omdat een controle achteraf te laat zou komen om werkelijk doeltreffend te zijn.

Lid 1 is niet van toepassing op elementen van vergunningsstelsels die direct of indirect geregeld zijn bij andere communautaire instrumenten.

## Vergunningsvoorwaarden

**Art. 7.** Vergunningsstelsels zijn gebaseerd op criteria die beletten dat de bevoegde instanties hun beoordelingsbevoegdheid op willekeurige wijze uitoefenen.

Deze criteria zijn :

1° niet-discriminatoir;

2° gerechtvaardigd om een dwingende reden van algemeen belang;

3° evenredig met die reden van algemeen belang;

4° duidelijk en ondubbelzinnig;

5° objectief;

6° vooraf bekend te maken;

7° transparant en toegankelijk.

## Eisen ten aanzien van procedures en kosten

**Art. 8.** De vergunningsprocedures en -formaliteiten moeten duidelijk zijn, vooraf bekendgemaakt worden en geschikt zijn om een objectief en onpartijdig onderzoek van de aanvragen mogelijk te maken.

De vergunningsprocedures en -formaliteiten mogen niet afschrikken noch de dienstprestatie ongegrond bemoeilijken of vertragen. Ze moeten gemakkelijk toegankelijk zijn en eventuele kosten voor de aanvragers in verband met hun aanvraag moeten redelijk en evenredig zijn met de kosten van de vergunningsprocedures in kwestie en mogen de kosten van de procedures niet overschrijden.

## Verbod op dubbele controles

**Art. 9.** De vergunningsvoorwaarden voor een nieuwe vestiging mogen gelijkwaardige, of gezien hun doel in wezen vergelijkbare, eisen en controles waaraan de dienstverrichter al in een andere of dezelfde lidstaat onderworpen is, niet overlappen. Het Contactpunt van de Duitstalige Gemeenschap en de dienstverrichter staan de bevoegde instantie bij door over deze eisen de nodige informatie te verstrekken.

## Beroepsaansprakelijkheidsverzekering en waarborgen

**Art. 10.** Als een dienstverrichter zich in het Duitse taalgebied vestigt, mag geen beroepsaansprakelijkheidsverzekering of waarborg geëist worden, indien de dienstverrichter in een andere lidstaat waar hij een vestiging heeft, al gedekt is door een waarborg die gelijkwaardig is of die, met betrekking tot het doel en de dekking die hij biedt wat het verzekerde risico, de verzekerde som, de maximale waarborg en de mogelijke uitzonderingen van de dekking betreft, in wezen vergelijkbaar is.

Indien de waarborg slechts ten dele gelijkwaardig is, kan een aanvullende waarborg worden geëist voor de nog niet gedekte elementen.

Wanneer van een in het Duitse taalgebied gevestigde dienstverrichter wordt verlangd dat hij een beroepsaansprakelijkheidsverzekering sluit of een andere waarborg stelt, wordt als bewijs hiervoor genomen met een attest betreffende een dergelijke verzekerde dekking dat is afgegeven door een in een andere lidstaat gevestigde kredietinstelling of verzekeraar.

## Geografische draagwijdte van de vergunning

**Art. 11.** De vergunning biedt de dienstverrichter op het gehele Belgische grondgebied het recht op toegang tot of uitoefening van de dienstenactiviteit, mede door de oprichting van agentschappen, dochterondernemingen, kantoren of bijkantoren, voor zover een samenwerkingsakkoord met de betrokken autoriteiten erin voorziet en tenzij een vergunning voor elke afzonderlijke vestiging of een beperking van de vergunning tot een bepaald gedeelte van het grondgebied om dwingende redenen van algemeen belang gerechtvaardigd is.

## Ontvangstbevestiging

**Art. 12.** De ontvangst van elke vergunningsaanvraag wordt zo snel mogelijk bevestigd.

De bevestiging vermeldt de volgende gegevens :

1° de datum waarop de aanvraag ontvangen werd;

2° de termijn waarbinnen een beslissing omtrent de aanvraag moet worden genomen;

3° de beschikbare rechtsmiddelen, de voor de betrokken aangelegenheid bevoegde autoriteiten en de na te leven vormvereisten en termijnen;

4° indien van toepassing, de vermelding dat bij het uitblijven van een antwoord binnen de gespecificeerde, eventueel verlengde termijn de vergunning wordt geacht te zijn verleend.

Wanneer een aanvraag onvolledig is, wordt de aanvrager zo snel mogelijk meegedeeld dat en binnen welke termijn hij aanvullende documenten moet verstrekken en, in voorkomend geval, welke gevolgen dit heeft voor de in lid 2, 2°, bedoelde termijn.

Wanneer een aanvraag wordt geweigerd omdat deze niet aan de vereiste procedures of formaliteiten voldoet, wordt de betrokkene onverwijld van de weigering op de hoogte gesteld.

## Onderzoek van de vergunningsaanvragen

**Art. 13.** De bevoegde autoriteit verleent de vergunning, zodra na een passend onderzoek is vastgesteld dat aan de vergunningsvoorwaarden voldaan is.

De beslissing over de vergunningsaanvraag moet worden genomen ten laatste dertig werkdagen te rekenen vanaf de datum van de ontvangstbevestiging of, als het dossier onvolledig is, vanaf de datum waarop de aanvrager de bijkomende documenten ingediend heeft, tenzij de ter zake geldende wettelijke voorschriften in een andere regeling voorzien.

Indien gerechtvaardigd door de complexiteit van het onderwerp mag de termijn één maal voor een beperkte duur door de bevoegde instantie worden verlengd. De verlenging en de duur ervan worden met redenen omkleed en worden vóór het verstrijken van de oorspronkelijke termijn ter kennis van de aanvrager gebracht.

Bij het uitblijven van een antwoord binnen de in lid 2 bepaalde of overeenkomstig lid 3 verlengde termijn wordt de vergunning geacht te zijn verleend. Andere regelingen kunnen niettemin worden vastgelegd, wanneer dat gerechtvaardigd is om dwingende redenen van algemeen belang, met inbegrip van een rechtmatig belang van een derde partij.

## Vergunningsduur

**Art. 14.** Een aan een dienstverrichter verleende vergunning heeft een onbeperkte geldigheidsduur, tenzij in gevallen waar :

- 1° de vergunning automatisch wordt verlengd;
- 2° de vergunning alleen afhankelijk is van de voortdurende vervulling van de voorwaarden;
- 3° het aantal beschikbare vergunningen beperkt is door een dwingende reden van algemeen belang, of
- 4° een beperkte duur gerechtvaardigd is om een dwingende reden van algemeen belang.

De regeling bepaald in lid 1 doet geen afbreuk aan de mogelijkheid een vergunning in te trekken, wanneer niet meer aan de vergunningsvoorwaarden wordt voldaan.

Lid 1 heeft geen betrekking op de maximale termijn waarbinnen de dienstverrichter na ontvangst van de vergunning daadwerkelijk met zijn activiteit moet beginnen.

## Selectie uit diverse gegadigden

**Art. 15.** Wanneer het aantal beschikbare vergunningen voor een activiteit beperkt is door schaarste van de beschikbare natuurlijke hulpbronnen of de bruikbare technische mogelijkheden, wordt een selectie van de gegadigden uitgevoerd volgens een selectieprocedure die alle waarborgen voor onpartijdigheid en transparantie biedt, met inbegrip van met name een toereikende bekendmaking van de opening, uitvoering en afsluiting van de procedure.

In de in lid 1 bedoelde gevallen wordt de vergunning voor een passende beperkte duur verleend en wordt zij niet automatisch verlengd; evenmin wordt enig ander voordeel toegekend aan de dienstverrichter wiens vergunning zojuist is verlopen of aan personen die een bijzondere band met die dienstverrichter hebben.

## Verboden eisen

**Art. 16.** De toegang tot of de uitoefening van een dienstenactiviteit in het Duitse taalgebied wordt niet afhankelijk gemaakt van een der volgende eisen :

1° discriminerende eisen die direct of indirect verband houden met de nationaliteit of, voor ondernemingen, met de plaats van de statutaire zetel, waaronder met name :

- a) nationaliteitseisen voor de dienstverrichter, zijn personeel, de aandeelhouders of de leden van het toezichthoudend of het bestuursorgaan van de dienstverrichter;
- b) de eis dat de dienstverrichter, zijn personeel, de aandeelhouders of de leden van het toezichthoudend of het bestuursorgaan hun verblijfplaats hebben op het betrokken grondgebied;

2° een verbod op het hebben van een vestiging in meer dan een lidstaat of op inschrijving in registers of bij beroepsorden of -verenigingen in meer dan een lidstaat;

3° beperkingen van de vrijheid van de dienstverrichter om tussen een hoofd- of een nevenvestiging te kiezen, met name de verplichting dat de hoofdvestiging van de dienstverrichter zich in het Duitse taalgebied moet bevinden, of beperkingen van de vrijheid om voor vestiging als agentschap, bijkantoor of dochteronderneming te kiezen;

4° wederkerigheidvoorwaarden ten aanzien van de lidstaat waar de dienstverrichter al een vestiging heeft, behalve in het geval dat dergelijke voorwaarden in een communautair instrument op energiegebied zijn vastgelegd;

5° de toepassing per geval van economische criteria, waarbij de verlening van de vergunning afhankelijk wordt gesteld van het bewijs dat er een economische behoefte of marktvraag bestaat, van een beoordeling van de mogelijke of actuele economische gevolgen van de activiteit of van een beoordeling van de geschiktheid van de activiteit in relatie tot de door de bevoegde instantie vastgestelde doelen van economische planning; dit verbod heeft geen betrekking op planningseisen waarmee geen economische doelen worden nagestreefd, maar die voortkomen uit dwingende redenen van algemeen belang;

6° de directe of indirecte betrokkenheid van concurrerende marktdeelnemers, ook binnen raadgevende organen, bij de verlening van vergunningen of bij andere besluiten van de bevoegde instanties, met uitzondering van beroepsorden en van beroepsverenigingen of andere organisaties die in de hoedanigheid van bevoegde instantie optreden; dit verbod heeft geen betrekking op de raadpleging van organisaties zoals kamers van koophandel of sociale partners over andere aangelegenheden dan individuele vergunningsaanvragen, noch op een raadpleging van het grote publiek;

7° een verplichting tot het stellen van of deelnemen in een financiële waarborg of het afsluiten van een verzekering bij een in het Duitse taalgebied gevestigde dienstverrichter of instelling. Dit belet niet dat de lidstaten een verzekering of financiële garanties als zodanig kunnen verlangen noch dat eisen inzake de deelname in een collectief waarborgfonds worden gesteld, bijvoorbeeld voor leden van een beroepsorde of -organisatie;

8° de verplichting al gedurende een bepaalde periode ingeschreven te staan in de registers die in België worden bijgehouden of de activiteit al gedurende bepaalde tijd in het Duitse taalgebied te hebben uitgeoefend.

## Afdeling 2. — Vrij verkeer van diensten

## Vrij verrichten van diensten

**Art. 17.** § 1 - Aan dienstverrichters die op het grondgebied van een andere lidstaat gevestigd zijn, wordt de vrije toegang tot en de vrije uitoefening van dienstenactiviteiten in het Duitse taalgebied gewaarborgd.

De toegang tot of de uitoefening van een dienstenactiviteit mag niet van eisen afhankelijk worden gemaakt die in tegenspraak met de volgende beginselen zijn :

1° discriminatieverbod : de eisen maken geen direct of indirect onderscheid naar nationaliteit of, voor rechtspersonen, naar de lidstaat waar zij gevestigd zijn;

2° noodzakelijkheid : de eisen zijn gerechtvaardigd om redenen van openbare orde, openbare veiligheid, de volksgezondheid of de bescherming van het milieu;

3° evenredigheid : de eisen moeten geschikt zijn om het nagestreefde doel te bereiken en mogen niet verder gaan dan wat nodig is om dat doel te bereiken.

§ 2 - Het vrij verrichten van diensten door een in een andere lidstaat gevestigde dienstverrichter mag niet worden beperkt door deze aan bepaalde eisen te onderwerpen :

- 1° de verplichting, in het Duitse taalgebied een vestiging te hebben;
- 2° de verplichting bij de bevoegde autoriteiten een vergunning te verkrijgen; dit geldt ook voor de verplichting zich in te schrijven in een register of bij een beroepsorde of -vereniging in het Duitse taalgebied, behalve wanneer dit decreet of een ander communautair instrument daarin voorziet;
- 3° een verbod voor de dienstverrichter in het Duitse taalgebied een bepaalde vorm of soort infrastructuur, met inbegrip van een kantoor of kabinet, op te zetten om de betrokken diensten te verrichten;
- 4° de toepassing van een specifieke contractuele regeling tussen de dienstverrichter en de afnemer die het verrichten van diensten door zelfstandigen verhindert of beperkt;
- 5° een verplichting voor de dienstverrichter om specifiek voor de uitoefening van een dienstenactiviteit een door de bevoegde instanties afgegeven identiteitsdocument te bezitten;
- 6° eisen, andere dan die welke noodzakelijk zijn voor de gezondheid en veiligheid op het werk, die betrekking hebben op het gebruik van uitrusting en materiaal die een integrerend deel van de dienstverrichting vormen;
- 7° de in artikel 25 vermelde beperkingen van het vrij verkeer van diensten.

Aanvullende afwijkingen van het vrij verrichten van diensten

**Art. 18.** Artikel 17 is niet van toepassing op :

- 1° diensten van algemeen economisch belang;
- 2° aangelegenheden die vallen onder de Richtlijn 96/71/EG van het Europees Parlement en de Raad van 16 december 1996 betreffende de terbeschikkingstelling van werknemers met het oog op het verrichten van diensten;
- 3° aangelegenheden die vallen onder Richtlijn 95/46/EG van het Europees Parlement en de Raad van 24 oktober 1995 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens;
- 4° aangelegenheden die vallen onder titel II van Richtlijn 2005/36/EG, alsmede eisen in de lidstaat waar de dienst wordt verricht, die een activiteit voorbehouden aan een bepaald beroep;
- 5° aangelegenheden die vallen onder de verordening (EEG) 1408/71 betreffende de toepassing van de socialezekerheidsregelingen op werknemers en zelfstandigen, alsmede op hun gezinsleden, die zich binnen de EG verplaatsen;
- 6° voor wat betreft administratieve formaliteiten inzake het vrije verkeer van personen en hun verblijfplaats, aangelegenheden die vallen onder de bepalingen van Richtlijn 2004/38/EG waarin de administratieve formaliteiten van de bevoegde instanties van de lidstaat waar de dienst wordt verricht waaraan de begunstigten moeten voldoen, zijn vastgesteld;
- 7° aangelegenheden die vallen onder Richtlijn 2006/43/EG van het Europees Parlement en de Raad van 17 mei 2006 betreffende de wettelijke accountantscontrole van jaarrekeningen en geconsolideerde jaarrekeningen.

Afwijkingen in specifieke gevallen

**Art. 19.** § 1 - In afwijking van artikel 17 en enkel in uitzonderlijke gevallen kan de Regering ten aanzien van een in een andere lidstaat gevestigde dienstverrichter maatregelen nemen betreffende de veiligheid van diensten, en dit overeenkomstig de voorwaarden en procedures die van toepassing zijn voor het nemen van soortgelijke maatregelen ten aanzien van dienstverrichters die in het Duitse taalgebied gevestigd zijn.

De in lid 1 bedoelde maatregelen kunnen alleen worden genomen wanneer de in artikel 41 bedoelde procedure van wederzijdse bijstand in acht wordt genomen en aan de volgende voorwaarden is voldaan :

- 1° de nationale bepalingen overeenkomstig welke de maatregel wordt genomen, vallen niet onder een communautaire harmonisatiemaatregel op het gebied van de veiligheid van diensten;
- 2° de maatregelen bieden de afnemer meer bescherming dan de maatregel die de lidstaat van vestiging overeenkomstig zijn nationale bepalingen zou nemen;
- 3° de lidstaat van vestiging heeft geen maatregelen genomen of heeft maatregelen genomen die ontoereikend zijn in vergelijking met de in artikel 41 bedoelde maatregelen;
- 4° de maatregelen zijn evenredig.

§ 2 - Paragraaf 1 doet geen afbreuk aan de in communautaire instrumenten vastgestelde bepalingen die het vrije verkeer van diensten waarborgen of afwijkingen daarop toestaan.

*Afdeling 3. — Kwaliteit van diensten en informatie*

Informatie over dienstverrichters en hun diensten

**Art. 20.** § 1 - De dienstverrichter moet aan de afnemers de volgende inlichtingen ter beschikking stellen :

- 1° zijn naam;
- 2° zijn rechtsstatuut en zijn rechtsvorm;
- 3° het geografisch adres waar hij is gevestigd;
- 4° zijn adresgegevens die een snel contact en een rechtstreekse communicatie met hem, eventueel langs elektronische weg, mogelijk maken;
- 5° het ondernemingsnummer;
- 6° wanneer voor de activiteit een vergunningsstelsel geldt, de adresgegevens van de bevoegde instantie of van het één-loket;
- 7° voor gereguleerde beroepen : elke beroepsorde of vergelijkbare organisatie waarbij de dienstverrichter is ingeschreven, alsmede de beroepstitel en de lidstaat waar die is verleend, een verwijzing naar de geldende beroepsregels en de wijze waarop hierin inzage kan worden verkregen;
- 8° in voorkomend geval, de algemene voorwaarden en bepalingen die de dienstverrichter hanteert;



9° het eventuele bestaan van door de dienstverrichter gehanteerde contractbepalingen betreffende het op het contract toepasselijke recht en/of betreffende de bevoegde rechter;

10° het eventuele bestaan van niet bij wet voorgeschreven garantie na verkoop;

11° de prijs van de dienst wanneer de dienstverrichter de prijs van een bepaalde soort dienst vooraf heeft vastgesteld;

12° de belangrijkste kenmerken van de dienst wanneer deze niet uit de context blijken;

13° de in artikel 10 bedoelde verzekering of waarborgen, met name de adresgegevens van de verzekeraar of de borg en de geografische dekking.

§ 2 - Indien de dienstverrichters in een informatiedocument hun diensten uitvoerig beschrijven, moeten zij informatie verstrekken over hun multidisciplinaire activiteiten en partnerschappen die rechtstreeks verband houden met de betrokken dienst, en over de maatregelen die zij ter voorkoming van belangenconflicten hebben genomen.

#### Bekendmaking van de informatie

**Art. 21.** Naar keuze van de dienstverrichter worden de in artikel 20, § 1, vermelde inlichtingen :

1° op eigen initiatief door de dienstverrichter verstrekt;

2° voor de afnemer gemakkelijk toegankelijk gemaakt op de plaats waar de dienst wordt verricht of het contract wordt gesloten;

3° voor de afnemer gemakkelijk elektronisch toegankelijk gemaakt op een door de dienstverrichter meegedeeld adres.

4° in elk door de dienstverrichter aan de afnemer verstrekt informatiedocument opgenomen waarin zijn diensten in detail worden beschreven.

#### Bijkomende informatie

**Art. 22.** Op verzoek van de afnemer verstrekt de dienstverrichter de volgende bijkomende informatie :

1° wanneer de dienstverrichter de prijs van een bepaalde soort dienst niet vooraf heeft vastgesteld, de prijs van de dienst of, indien de precieze prijs niet kan worden gegeven, de manier waarop de prijs wordt berekend, zodat de afnemer de prijs kan controleren, of een voldoende gedetailleerde kostenraming;

2° voor geregementeerde beroepen, een verwijzing naar de in de lidstaat van vestiging geldende beroepsregels en de wijze waarop hierin inzage kan worden verkregen;

3° informatie over zijn multidisciplinaire activiteiten en partnerschappen die rechtstreeks verband houden met de betrokken dienst, en over de maatregelen die hij ter voorkoming van belangenconflicten heeft genomen. Deze informatie moet zijn opgenomen in elk informatiedocument waarin de dienstverrichter zijn in detail beschrijft;

4° gedragscodes die op de dienstverrichter van toepassing zijn, alsmede het adres waar zij elektronisch kunnen worden geraadpleegd en de beschikbare talen waarin deze codes kunnen worden geraadpleegd;

#### Informatie-eisen

**Art. 23.** De informatie die de dienstverrichter krachtens dit hoofdstuk ter beschikking moet stellen of moet meedelen, moet helder en ondubbelzinnig zijn en tijdig vóór de sluiting van het contract of, indien er geen schriftelijk contract is, vóór de verrichting van de dienst beschikbaar gesteld worden.

#### Verhouding tot andere informatie-eisen

**Art. 24.** De informatie-eisen bedoeld in deze afdeling in aanvulling op eisen die ten aanzien van dienstverrichters die in het Duitse taalgebied gevestigd zijn, in andere bepalingen zijn vervat.

#### Afdeling 4. — Rechten van de afnemers

##### Verboden beperking van de rechten van de afnemers

**Art. 25.** Aan de afnemers worden geen eisen opgelegd die het gebruik van een dienst beperken die door een in andere lidstaat gevestigde dienstverrichter wordt aangeboden. Dit geldt inzonderheid voor de volgende eisen :

1° de verplichting bij de bevoegde instanties een vergunning te verkrijgen of een verklaring af te leggen;

discriminerende beperkingen op het verkrijgen van financiële bijstand vanwege het feit dat de dienstverrichter in een andere lidstaat is gevestigd of vanwege de plaats waar de dienst wordt verricht.

Lid 1 is niet van toepassing op vergunningsstelsels die gelijkelijk gelden voor het gebruik van een dienst die door een in het Duitse taalgebied gevestigde dienstverrichter wordt aangeboden.

##### Discriminatieverbod

**Art. 26.** Aan de afnemers worden geen discriminerende eisen opgelegd op grond van nationaliteit of woonplaats.

De algemene voorwaarden voor de toegang tot een dienst die de dienstverrichter bekendgemaakt heeft, bevatten geen discriminerende bepalingen in verband met de nationaliteit of de woonplaats van de afnemer. Dit sluit echter de mogelijkheid niet uit om verschillende toegangsvoorwaarden te stellen wanneer die verschillen rechtstreeks door objectieve criteria worden gerechtvaardigd.

*Afdeling 5. — Geschillenbeslechting*

## Contactgegevens

**Art. 27.** Dienstverrichters moeten adresgegevens verstrekken, met name een postadres, faxnummer of e-mailadres en een telefoonnummer, waar alle afnemers, ook zij die in andere lidstaten verblijven, rechtstreeks een klacht kunnen indienen of informatie over de verrichte dienst kunnen vragen.

Dienstverrichters delen het adres van hun woonplaats of maatschappelijke zetel mee, indien dit niet hun gebruikelijke correspondentieadres is.

## Onderzoek van de klachten

**Art. 28.** De dienstverrichters moeten zo snel mogelijk reageren op de in artikel 27 bedoelde klachten en alles in het werk stellen om bevredigende oplossingen te vinden.

## Informatie-eisen

**Art. 29.** Voorziet een gedragscode, een handelsvereniging of beroepsorde in een regeling voor buitengerechtelijke geschillenbeslechting, moeten de dienstverrichters die gebonden zijn aan een dergelijke gedragscode of lid zijn van een dergelijke handelsvereniging of een dergelijke beroepsorde, de afnemers van de dienst hiervan op de hoogte stellen, dit vermelden in elk document waarin ze hun diensten nader beschrijven en daarbij aangeven hoe toegang kan worden verkregen tot gedetailleerde informatie over de kenmerken en toepassingsvoorwaarden van deze regeling.

## Bewijzen inzake eisen en informatie

**Art. 30.** De dienstverrichters moeten bewijzen dat aan de in de artikelen 20 tot en met 23 en 27 tot en met 29 vermelde eisen voldaan is en dat de informatie juist is.

*Afdeling 6. — Administratieve samenwerking*

## Beginselen van de wederzijdse hulp

**Art. 31.** § 1 - Binnen de perken van haar bevoegdheden verstrekt de bevoegde autoriteit de inlichtingen m.b.t. een dienstverrichter en/of zijn diensten waarover zij beschikt, aan de bevoegde autoriteit van een andere lidstaat die een met redenen omkleed verzoek doet.

Ze verstrekt informatie over het feit of de dienstverrichter op haar grondgebied is gevestigd en deze, voor zover haar bekend, zijn activiteiten niet op onrechtmatige wijze verricht.

§ 2 - Binnen de perken van haar bevoegdheden voert de bevoegde autoriteit de verificaties, inspecties en onderzoeken uit die haar door de bevoegde autoriteit van een andere lidstaat via een met redenen omkleed verzoek aangevraagd worden.

Zij oordeelt over de aard en de draagwijdte van de uitgevoerde verificaties, inspecties en onderzoek, om gevolg te geven aan een verzoek van een bevoegde autoriteit van een andere lidstaat.

## Verstrekken van informatie

**Art. 32.** § 1 - Binnen de perken van haar bevoegdheden en volgens de ter zake geldende bepalingen verstrekt de bevoegde autoriteit aan de bevoegde autoriteit van een andere lidstaat die een met redenen omkleed verzoek doet, de beslissingen over tuchtrechtelijke of administratieve sancties m.b.t. de uitoefening van het beroep van de dienstverrichter, voor zover deze definitief zijn en van direct belang zijn voor de bekwaamheid en de professionele betrouwbaarheid van de dienstverrichter.

Bovendien verstrekt zij binnen de perken van haar bevoegdheden en krachtens Boek II, Titel VII, Hoofdstuk I van het Wetboek van Strafvordering informatie over strafrechtelijke maatregelen m.b.t. de uitoefening van het beroep van de dienstverrichter, voor zover deze niet meer voor verhaal vatbaar zijn, evenals elk in kracht van gewijsde gegaan vonnis betreffende de insolventie in de zin van Bijlage A van Verordening EG 1346/2000 of het faillissement waarbij sprake is van frauduleuze praktijken van een dienstverrichter, als deze inlichtingen en vonnissen van direct belang zijn voor de bekwaamheid en de professionele betrouwbaarheid van de dienstverrichter.

In de mededeling moeten de geschonden bepalingen worden vermeld.

§ 2 - Deze mededeling geschiedt met naleving van de bepalingen tot bescherming van de persoonsgegevens en van de rechten van de personen aan wie een sanctie is opgelegd of die veroordeeld zijn, met inbegrip van de door een beroepsorde vastgelegde rechten.

De Regering bepaalt op advies van de Commissie voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer :

- 1° de te verwerken gegevens;
- 2° de wijze van gegevensinzameling;
- 3° de bewaarduur van de gegevens;
- 4° aan wie de gegevens worden meegedeeld;
- 5° de veiligheidsmaatregelen voor de verwerking van de gegevens.

§ 3 - Deelt de bevoegde autoriteit dergelijke beslissingen mee, dan stelt ze de dienstverrichter daarvan in kennis.

## Modaliteiten voor het verstrekken van informatie

**Art. 33.** De op grond van de artikelen 31 en 32 aangevraagde inlichtingen of de resultaten van verificaties, inspecties en onderzoeken moeten zo snel mogelijk en via het elektronisch systeem voor de uitwisseling van informatie worden overgemaakt.

## Procedure bij moeilijkheden of juridische bezwaren

**Art. 34.** Treden bij het beantwoorden van een verzoek om informatie of bij de uitvoering van verificaties, inspecties en onderzoeken moeilijkheden of juridische bezwaren op, dan informeert de bevoegde autoriteit onverwijld de verzoekende bevoegde autoriteit van de andere lidstaat hierover met vermelding van de redenen die zich tegen de aanvraag verzetten. Indien de aanvragende bevoegde autoriteit van de andere lidstaat zich niet bij het standpunt van de bevoegde autoriteit kan neerleggen en geen gemeenschappelijke oplossing kan worden gevonden, dan moet het Contactpunt voor de Duitstalige Gemeenschap hiervan op de hoogte worden gebracht.

## Inzage van registers

**Art. 35.** De registers waarin de dienstverrichters zijn ingeschreven en die door de bevoegde Belgische instanties kunnen worden geraadpleegd, moeten onder dezelfde voorwaarden ook toegankelijk zijn voor de overeenkomstige bevoegde instanties van de andere lidstaten. De Regering legt de nadere bepalingen vast.

Besluiten van de Regering die de modaliteiten bedoeld in het eerste lid vastleggen, zijn onderworpen aan het advies van de afdeling wetgeving van de Raad van State en moeten, binnen vijftien maanden na bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad*, bij decreet bekrachtigd worden.

## Behandeling van verzoeken

**Art. 36.** Verzoeken om informatie en om de uitvoering van verificaties, inspecties en onderzoeken die de ene bevoegde autoriteit aan een bevoegde autoriteit van een andere lidstaat krachtens dit hoofdstuk richt, moeten behoorlijk met redenen worden omkleed en via het elektronisch systeem voor de uitwisseling van informatie worden ingediend. Meer bepaald dient te worden vermeld waarom de betrokken inlichtingen worden opgevraagd.

Gaat de bevoegde autoriteit van de andere lidstaat niet in op het verzoek van de bevoegde autoriteit en kan geen gemeenschappelijke oplossing worden gevonden, dan moet de bevoegde autoriteit het Contactpunt voor de Duitstalige Gemeenschap hiervan op de hoogte brengen.

## Privacy

**Art. 37.** De uitgewisselde informatie wordt alleen gebruikt voor de aangelegenheid waarvoor deze verzocht is.

## Controle- of uitvoeringsmaatregelen

**Art. 38.** § 1 - De bevoegde autoriteit treft controle- of uitvoeringsmaatregelen t.o.v. in het Duitse taalgebied gevestigde dienstverrichters, ook wanneer de dienst in een andere lidstaat is verricht of daar schade heeft veroorzaakt.

§ 2 - De in paragraaf 1 vermelde verplichting houdt niet de verplichting in verificaties en inspecties ten aanzien van de feiten op het grondgebied van de lidstaat uit te voeren waarin de dienst is verricht.

Die verificaties en controles worden, op verzoek van de bevoegde autoriteit en in overeenstemming met artikel 36, door de instanties van de lidstaat verricht waar de dienstverrichter tijdelijk actief is.

## Maatregelen van rechtswege

**Art. 39.** De bevoegde autoriteit kan ten aanzien van een dienstverrichter die niet in het Duitse taalgebied gevestigd is, verificaties, inspecties en onderzoeken van ambtswege ter plaatse uitvoeren, voor zover deze niet discriminatoir zijn, niet plaatsvinden omdat de dienstverrichter in een andere lidstaat gevestigd is, en evenredig zijn.

## Alarmmechanisme

**Art. 40.** Wanneer een bevoegde autoriteit kennis neemt van ernstige specifieke handelingen of omstandigheden met betrekking tot de dienstenactiviteit, die op haar grondgebied of op het grondgebied van andere lidstaten ernstige schade aan de gezondheid of veiligheid van personen of aan het milieu kunnen veroorzaken, informeert zij onverwijld het Contactpunt voor de Duitstalige Gemeenschap, dat de federale coördinatoren, de andere betrokken lidstaten en de Commissie via het elektronisch systeem voor uitwisseling van informatie hiervan in kennis stelt. Bij wijziging of opheffing van het alarm wordt volgens dezelfde procedure opgetreden.

Dit doet geen afbreuk aan gerechtelijke procedures.

## Wederzijdse bijstand bij afwijkingen in specifieke gevallen

**Art. 41.** Indien de bevoegde autoriteit voornemens is een maatregel krachtens artikel 19 te treffen, verzoekt zij - onverminderd gerechtelijke procedures, waaronder inleidende procedures en handelingen die worden uitgevoerd in het kader van een strafrechtelijk onderzoek - de bevoegde autoriteit van de lidstaat van vestiging maatregelen tegen de betrokken dienstverrichter te treffen en verstrekt zij alle nuttige inlichtingen over de ter discussie staande dienstenactiviteit en de omstandigheden ter zake via het elektronisch systeem voor de uitwisseling van informatie.

§ 2 - In voorkomend geval stelt de bevoegde autoriteit, na ontvangst van het antwoord van de lidstaat van vestiging of bij gebreke van antwoord binnen een redelijke termijn, de federale coördinatoren, de Commissie en de lidstaat van vestiging via het elektronisch systeem voor de uitwisseling van informatie in kennis van de door haar beoogde maatregelen.

Deze mededeling vermeldt :

1° de redenen waarom de door de lidstaat van vestiging genomen of beoogde maatregelen naar haar oordeel ongepast zijn;

2° de redenen waarom de bevoegde autoriteit van mening is dat de door haar beoogde maatregelen aan de voorwaarden van artikel 19, § 2, voldoen;

De maatregelen kunnen niet eerder dan vijftien werkdagen na de in paragraaf 2 bedoelde mededeling worden genomen.

In spoedeisende gevallen kan de bevoegde autoriteit die beoogt een maatregel te treffen van de paragrafen 1, 2 en 3 afwijken. De Commissie en de lidstaat van vestiging worden in dat geval onverwijld van de maatregelen in kennis gesteld, met opgave van de redenen waarom er sprake is van een spoedeisend karakter.

## Verhouding tot Richtlijn 96/71/EG

**Art. 42.** Die afdeling hoofdstuk geldt onverminderd de samenwerking die plaatsvindt krachtens de Richtlijn 96/71/EG van het Europees Parlement en de Raad van 16 december 1996 betreffende de terbeschikkingstelling van werknemers met het oog op het verrichten van diensten.

*Afdeling 7. — Administratieve vereenvoudiging*

## Beginsel

**Art. 43.** Wanneer bepalingen een dienstverrichter of afnemer verplichten tot overlegging van een certificaat, getuigschrift of enig ander document ter staving dat aan een eis is voldaan, wordt elk document uit een andere lidstaat erkend dat een gelijkwaardig doel heeft of waaruit blijkt dat aan de betrokken eis is voldaan.

Documenten uit een andere lidstaat moeten niet als origineel, voor eensluidend gewaarmerkt afschrift of authentieke vertaling worden ingediend, behalve in de gevallen bepaald in andere communautaire instrumenten of wanneer een dergelijke eis gerechtvaardigd is door een dwingende reden van algemeen belang, waaronder de openbare orde en veiligheid.

## Elektronisch formulier

**Art. 44.** Overeenkomstig artikel 30 van het programmadecreet 2009 van 27 april 2009 wordt een elektronisch formulier van de Duitstalige Gemeenschap met eventuele bijlagen dat overeenkomstig de door de Regering bepaalde modaliteiten en voorwaarden ingevuld, geldig verklaard en gezonden wordt, gelijkgesteld met het formulier op papier dat hetzelfde opschrift draagt en krachtens de decretale en reglementaire bepalingen ingevuld, ondertekend en aan de betrokken administratie gestuurd wordt.

*Afdeling 8. — Strafrechtelijke bepalingen*

## Geldboete

**Art. 45.** Met een geldboete van 250 tot 10.000 EUR worden gestraft, zij die de bepalingen van de artikelen 20 tot en met 23 en 26 tot en met 29 overtreden.

Met een geldboete van 500 tot 20.000 EUR worden gestraft, zij die te kwader trouw de bepalingen van de artikelen 20 tot en met 23 en 26 tot en met 29 overtreden.

HOOFDSTUK 3. — *Verticlae omzetting**Afdeling 1. — Archeologische peilingen en opgravingen*

## Wijziging van het erfgoeddecreet van 23 juni 2008

**Art. 46.** Artikel 26, lid 1, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen wordt aangevuld als volgt :

"De afzonderlijke voorwaarden waaraan de Regering de vergunning verbindt, zijn niet-discriminatoir, noodzakelijk en evenredig."

*Afdeling 2. — Organisatoren van vechtsportmanifestaties*

## Wijziging van het decreet van 30 januari 2006

**Art. 47.** In het decreet van 30 januari 2006 ter voorkoming van gezondheidsschade bij sportbeoefening worden volgende wijzigingen aangebracht :

1° in artikel 24, lid 3, wordt in de inleidende zin tussen de woorden "bepalingen" en "omvatten" de passus "beantwoorden ten minste aan de door de Regering vastgelegde minimumvoorschriften en" ingevoegd;

2° artikel 27 wordt met een lid aangevuld, luidende :

"De voorwaarden waaraan de Regering de erkenning verbindt, zijn niet-discriminatoir, noodzakelijk en evenredig.;"

*Afdeling 3. — Kamperen en kampeerterreinen*

## Wijziging van het campingdecreet van 9 mei 1994

**Art. 48.** In artikel 20 van het decreet van 9 mei 1994 over het kamperen en de kampeerterreinen wordt de bepaling onder 4° opgeheven.

*Afdeling 4. — Logiesverstrekkende inrichtingen en hotelinrichtingen*

## Wijziging van het hoteldecreet van 9 mei 1994

**Art. 49.** In het decreet van 9 mei 1994 over de logiesverstrekkende inrichtingen en de hotelinrichtingen worden volgende wijzigingen aangebracht :

1° artikel 23, lid 3, wordt aangevuld met de volgende zin :

"Van een bijzonder gerechtvaardigd geval is enkel sprake, wanneer specifieke bedrijfsvoorwaarden of zwaarwichtige technische moeilijkheden aanwezig zijn."

2° artikel 29, lid 2, wordt vervangen als volgt :

"De hotelvergunning geldt voor onbepaalde duur, onverminderd de opschorting of intrekking ervan."

*Afdeling 5. — Kinderopvang*

## Wijziging van het decreet van 9 mei 1988

**Art. 50.** In artikel 4, lid 2, van het decreet van 9 mei 1988 tot overname van sommige personeelsleden van het Nationaal Werk voor Kinderwelzijn en tot regeling van het herbergen van kinderen tot twaalf jaar, vervangen bij het decreet van 7 januari 2002, wordt na de eerste zin een nieuwe zin ingevoegd, luidende :

"De criteria en procedures voor de erkenning zijn niet-discriminatoir, noodzakelijk en evenredig."

*Afdeling 6. — Serviceflatgebouwen*

## Wijziging van het decreet van 4 juni 2007

**Art. 51.** In het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingstehuizen worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in artikel 3, lid 3, worden de woorden "ten hoogste" opgeheven;

2° artikel 4, § 1, lid 2, wordt aangevuld met de volgende zin : "Dit geldt echter niet voor de serviceflatgebouwen.";

3° artikel 4, § 1, lid 3, wordt aangevuld met de volgende zin : "De voorlopige erkenning van serviceflats geldt voor zes maanden.";

4° artikel 5, § 2, lid 2, wordt aangevuld met de volgende zin : "Dit geldt echter niet voor de serviceflatgebouwen.";

5° in artikel 5, § 4, tweede en derde zin, worden telkens de woorden "of dienstprestaties" opgeheven;

6° artikel 5, § 5, wordt vervangen als volgt :

" § 5 - De erkenning geldt voor een onbepaalde duur.";

7° artikel 8, lid 2, wordt aangevuld met de volgende zin : "Dit geldt echter niet voor de serviceflatgebouwen.";

8° artikel 10 wordt aangevuld met de volgende zin : "De voorwaarden waaraan de Regering de erkenning verbindt, zijn niet-discriminatoir, noodzakelijk en evenredig.";

9° een artikel 10.1 wordt ingevoegd, luidende :

"Art. 10.1 - De Regering beslist over de aanvragen om toelating, voorlopige erkenning en erkenning binnen honderdtwintig dagen na de ontvangst van de aanvraag."

HOOFDSTUK 4. — *Slotbepaling*

## Verslaggeving

**Art. 52.** De Regering brengt regelmatig verslag uit aan het Parlement over :

1° de gevolgen die de omzetting van Richtlijn 2006/123/EG van het Europees Parlement en de Raad van 12 december 2006 betreffende diensten op de interne markt heeft op de uitoefening en organisatie van de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap;

2° de voorstellen van de EU-Commissie voor de aanpassing van deze richtlijn met het oog op de voltooiing van de interne markt voor diensten en de mogelijke gevolgen ervan voor de uitoefening en organisatie van de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap.

Een eerst verslag zal ten laatste op 1 april 2011 bij het Parlement worden ingediend. De indiening van de volgende verslagen gebeurt om de drie jaar, telkens ten laatste op 1 april. Het Parlement kan van de Regering tussentijdse verslagen eisen.

## Inwerkingtreding

**Art. 53.** Dit decreet heeft uitwerking op 28 december 2009.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 15 maart 2010.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President, Minister van Lokale Besturen

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid

Mevr. I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur, Media en Toerisme

H. MOLLERS,

Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

Nota

Zitting 2009-2010

*Parlementaire stukken* : 29 (2009-2010) N° 1 Ontwerp

N° 2 Voorstel tot wijziging

N° 3 Voorstellen tot wijziging

N° 4 Verslag

*Integraal verslag* : 15 maart 2010 Nr. 9 Bespreking en aanneming